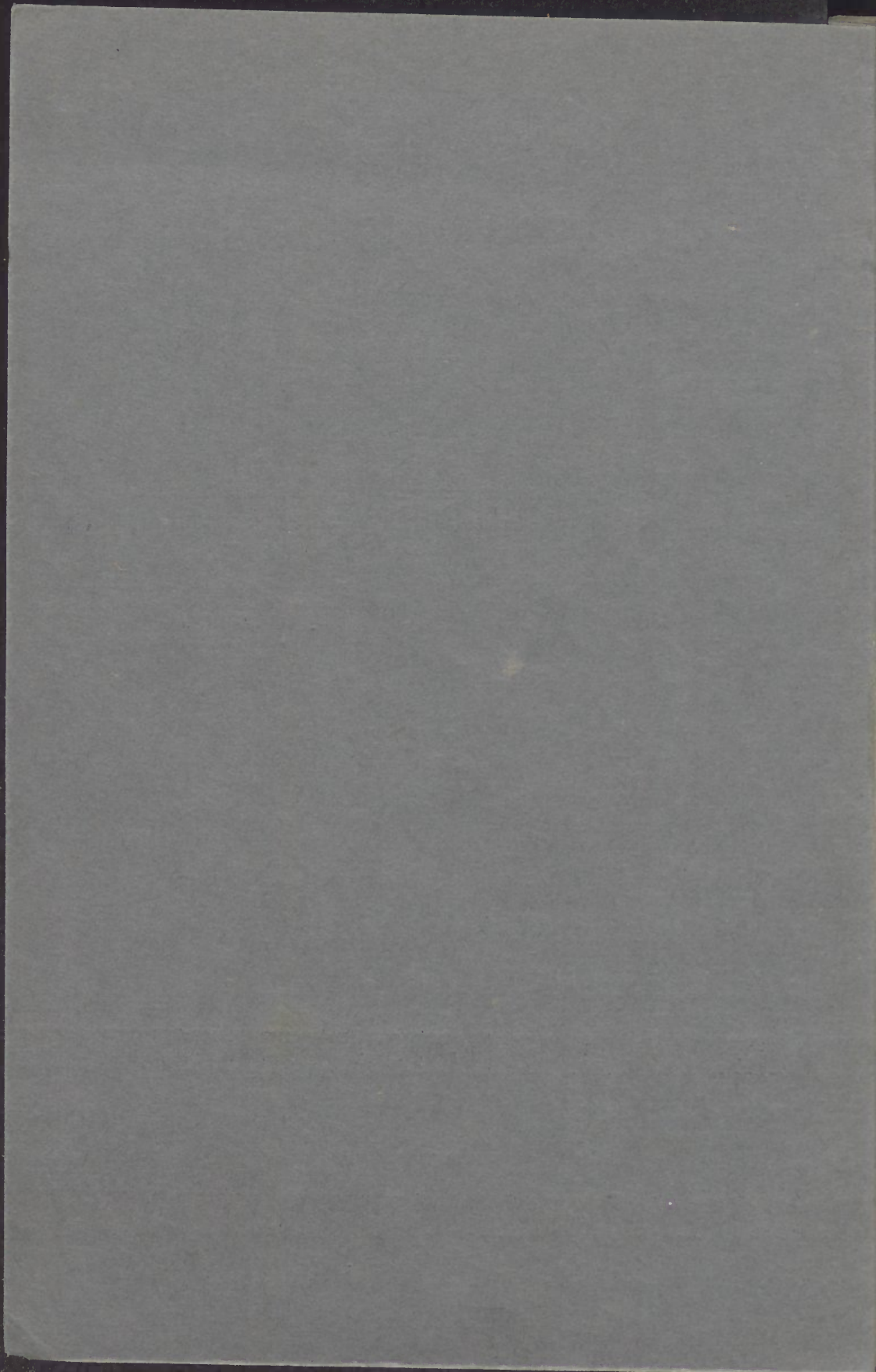


**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**B** 15729



# Wissenschaftliche Beiträge zum Kampf gegen den Alkoholismus

im Auftrage des Vorstandes des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke in Verbindung mit San.-Rath **Dr. Baer**, Professor **Dr. Finkelnburg**, Professor **Dr. von Miaskowski** und **L. F. Seyffardt** herausgegeben von **P. Pieper**.

---

Heft 6.

---

## DIE BRANNTWEINSTEUER-GESETZGEBUNG IN DEUTSCHLAND UND HOLLAND.

VON

**H. BRÜNING,**

OBERBÜRGERMEISTER IN OSNABRÜCK.



---

BONN,

VERLAG VON EMIL STRAUSS.

1887.

NB. Bitte die zweite und vierte Umschlagseite zu beachten.

## Prospectus.

Im Auftrage und auf Veranlassung des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke sollen, neben den „Mittheilungen“ aus dem Vereinsleben und der laufenden Mässigkeitsbewegung, durch seine literarisch-statistische Commission eingehende Arbeiten über ungelöste bezw. unabgeklärte medicinische, ökonomische, ethisch-sociale Fragen aus dem vielfach noch dunkeln Gebiet des Alkoholismus, daneben zeitweise Uebersichten über Stand und Wirkung der betreffenden ausländischen Bestrebungen von sachkundigen Seiten veröffentlicht werden. Der Vorstand hofft dadurch sowohl zur Aufhellung der eigenen Lage des Landes und ihrer Bedürfnisse beizutragen, als den internationalen Kampf gegen das gemeinsame alteingewurzelte Uebel zu fördern.

Die Beiträge erscheinen in zwangloser Reihenfolge und sind einzeln käuflich. Zehn bis zwölf Hefte bilden einen Band von circa 40 Druckbogen, dem ein besonderer Titel und ein Inhaltsverzeichniss beigegeben wird.

Geeignete Beiträge werden mit M. 50 für den Druckbogen honorirt und sind an den mitunterzeichneten Herausgeber zu senden.

Der Herausgeber

**P. Pieper,**

Pastor in Gerresheim (R.-B. Düsseldorf).

Die Verlagshandlung

**Emil Strauss**

in Bonn.



Das am 1. November 1881 in Wirksamkeit getretene holländische Gesetz vom 28. Juni 1881, die s. g. Drankwet (der volle Titel ist: Wet, houdende wettelijke bepalingen tot regeling van den kleinhandel in sterken drank en tot beteugeling (Einschränkung) van openbare dronkenschap), hat seit seinem Bestehen ausserordentliche Erfolge erzielt. In der Generalversammlung des Volksbunds, des holländischen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke, zu Groningen am 25. August 1886 abgehalten, konnte der bewährte Vorsitzende des Vereins, der bekannte liberale Abgeordnete zur zweiten Kammer Goemann Borgesius, mit Recht darauf hinweisen, dass die günstige Wirkung jenes Gesetzes durch Zahlen klar bewiesen werde; es sei in Folge der Durchführung jenes Gesetzes die Zahl der Branntweinschänken bereits um nicht weniger als 12,000<sup>1)</sup> verringert; es sei der Branntweingebrauch — derselbe war vom Jahre 1870 mit 7,61 Liter bis zum Jahre 1880 auf nahezu 10 Liter für den Kopf gestiegen — von zehn Liter für den Kopf auf neun Liter für den Kopf der Einwohner Hollands gesunken; es sei dementsprechend, trotz der Zunahme der Bevölkerung, die Ausgabe des Volks für Branntwein, ebenso die Einnahme des Staates von der Branntweinsteuer erheblich zurückgegangen.

Eine genauere Angabe aus neuester Zeit über den Verbrauch von Branntwein (zu 50 % Stärke) in Holland finden wir im Volksfreund vom 13. Januar 1887. Nach der officiellen Statistik hat der Verbrauch sich im Jahre 1879 für den Kopf der Einwohner auf 9,63 Liter, im Jahre 1880 auf 9,87 Liter, im Jahre 1881 (Jahr des Erlasses der holländischen Drankwet) auf 9,80 Liter, im Jahre 1882 auf 9,46 Liter, im Jahre 1883 auf 9,40 Liter, im Jahre 1884 auf 9,46 Liter gestellt. Für das Jahr 1885 wird der Verbrauch an derselben Stelle auf 9,26 Liter und für das Jahr 1886 auf 8,50 Liter auf den Kopf der Einwohner nach der erhobenen Branntweinsteuer berechnet. Letztere Ziffer bestätigt also die oben mitgetheilte Angabe des Herrn Goemann Borgesius nicht nur, sondern ist noch günstiger!

Uebrigens ist der Branntweingebrauch in den einzelnen Provinzen von Holland verschieden. Die officielle Berechnung für 1884 ergibt in der Provinz Nordholland 12,38 Liter, Groningen 11,46

1) Bei Erlass des Gesetzes waren über 45,000 Schenken und Kleinhandlungen für Branntwein vorhanden.

Liter, Utrecht 11,11 Liter, Südholland 10,95 Liter, Overijssel 9,42 Liter, Gelderland 8,84 Liter, Friesland 8,11 Liter, Drenthe 7,77 Liter, Nordbrabant 7,09 Liter, Seeland 6,04 Liter, Limburg 3,14 Liter Branntweinverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Der Schriftführer des Vereins, Snyder van Wissenkerke, vortragender Rath im Justizministerium, fügte in der gedachten Generalversammlung jenen Mittheilungen hinzu, dass in gleichem Verhältnisse die Zahl der jährlichen Verurtheilungen wegen Trunkenheit — erst durch das neue Gesetz vom 28. Juni 1881 war die Trunkenheit, als solche, sobald sie sich öffentlich zeigt, unter Geldstrafe, in Rückfällen mit Gefängniss und weiter mit Werkhaus, gestellt worden — abnehme; im Jahre 1882 seien 39,822, im Jahre 1883 35,978, im Jahre 1884 34,300, im Jahre 1885 30,593 Straffälle nach der Statistik des Justizministeriums vorgekommen.

Derselbe Redner theilte mit, dass im Nachbarstaate Belgien ernstlich an den Erlass einer gleichartigen Gesetzgebung gedacht werde.

Der verdiente Schriftführer des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke, A. Lammers, knüpft in der October-Nummer (1886) der Mittheilungen des deutschen Vereins an seinen Bericht über die oben gedachte Generalversammlung des gleichen holländischen Vereins die wohlberechtigte Frage:

„»Und das sonst dem social-politischen Fortschritte erklärter Massen so entschieden ergebene Deutsche Reich — wie lange will es noch säumen?«“

Zu einem guten Theile hängt nun das Ausstehen der Lösung dieser Frage für das Deutsche Reich mit der Frage der Branntweinsteuer zusammen. Von allen Seiten ist anerkannt, dass die deutsche Branntweinsteuer ungewöhnlich niedrig ist, dass in Folge dessen der Branntwein in keinem anderen Lande so billig zu haben ist, wie in Deutschland, dass in Folge dessen weiter der niedrige Branntweinpreis geradezu im höchsten Grade auf den Missbrauch geistiger Getränke und auf alles das in Folge dieses Missbrauches entstehende Elend fördernd einwirkt, dass die niedrige Branntweinsteuer an erster Stelle, an zweiter Stelle erst die sonstigen Mängel unserer Gesetzgebung, welche für diese Frage in Betracht kommen, die Schuld an dem vielen durch den Branntwein entstehenden Elende trägt <sup>1)</sup>.

1) Der Professor der physiol. Chemie Bunge in Basel gibt in seiner neuesten Schrift „Die Alkoholfrage“ (Leipzig bei F. G. W. Vogel. 1887.) folgende erschreckende statistische Zahlen: „Unter 300 blödsinnigen Kindern, deren Eltern in Bezug auf ihren Gesundheitszustand und ihre Lebensweise genau untersucht wurden, befanden sich 145, deren Eltern Gewohnheitstrinker waren.“

Ebenso bekannt ist der Zusammenhang zwischen Trunksucht und Verbrechen. In Berlin werden 70 Procent aller Verbrechen dem Alkohol zuge-

Der deutsche Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke hat mit vollem Rechte deshalb auch, wenngleich in vorsichtiger Weise, da die Branntweinsteuerfrage auch eine erhebliche politische und wirthschaftliche Bedeutung hat, Veranlassung genommen, die Branntweinsteuerfrage in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen. Er hat es vermieden, sich für eine bestimmte Art der Branntweinsteuer zu entscheiden; bei dem verschiedenen politischen und religiösen Standpunkte der Mitglieder des Vereins hätte stets nur ein mehr oder minder bedeutungsvoller Mehrheitsbeschluss herbeigeführt werden können. Der Verein hat es insbesondere vermieden, sich für oder gegen das Branntweinmonopol auszusprechen; er hat nur wiederholt auf das Entschiedenste betont, es sei unumgänglich nothwendig, den Branntweingebruch durch eine starke Er-

schrieben, in England sogar 75 bis 80 Procent. Nach der neuesten Criminalstatistik für das gesammte deutsche Reich werden 42 Procent aller Verbrechen im Rausche begangen; beim Mord beträgt das Verhältniss 46 Procent; beim Todtschlag 63 Procent; bei der schweren Körperverletzung 74 Procent; bei der leichten Körperverletzung 63 Procent; beim Widerstand gegen die Staatsgewalt 76 Procent; bei dem Hausfriedensbruche 54 Procent; bei Vergehen gegen die Sittlichkeit 77 Procent. Unter allen verarmten auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Familien sind in England 75 Procent durch die Trunksucht des Familienhauptes in dieses Elend gerathen, in Genf und in Paris 80 Procent, in Deutschland sogar 90 Procent.

Es ist ferner bekannt, dass in den meisten civilisirten Staaten der Welt 20 bis 40 Procent der männlichen Wahnsinnigen nach Urtheil der Irrenärzte ihr furchtbares Schicksal dem Alkohol zu verdanken haben.

Es sei schliesslich noch erwähnt, dass auch ein bedeutender Theil aller Ehescheidungen — in Dänemark 25 Procent — und aller Selbstmorde — in England 30 Procent, in Russland sogar 40 Procent — die Folge der Trunksucht sind.

Das ganze Elend tritt vielleicht noch deutlicher vor die Augen, wenn wir statt der procentischen absolute Zahlen reden lassen. „In den Vereinigten Staaten von Nordamerika allein hat — so berichtet der Minister Everett — in den Jahren von 1860 bis 1870 der Consum von Spirituosen eine direkte Ausgabe von drei Milliarden und eine indirekte von 600 Millionen Dollar der Nation auferlegt, 300,000 Menschenleben vernichtet, 100,000 Kinder in die Armenhäuser geschickt und wenigstens 150,000 Leute in Gefängnisse und Arbeitshäuser, wenigstens 2000 Selbstmorde, den Verlust von wenigstens zehn Millionen Dollar durch Feuer oder Gewalt verursacht und 20,000 Wittwen und Eine Million Waisen gemacht.“

Professor Bunge fügt noch hinzu: „Für die meisten Staaten Europa's würde eine derartige Zusammenstellung noch weit ungünstigere Zahlen ergeben. Und vergessen wir nicht: es ist nur der aller kleinste Theil des Elends, welcher Aufnahme in die Zahlenreihen der Statistik findet. Vom ersten Glase bis zum Wahnsinn, zum Verbrechen, bis zur Verzweiflung und zum Selbstmorde gibt es tausend Stufen des Elends. Nur wer zur untersten herabsank, wird von der Statistik beachtet! Vergessen wir auch nicht, dass jeder dieser Elenden zugleich das Lebensglück Anderer vernichtet! Wie viel gestörtes Familienglück, wie viel Kummer, wie viel Thränen unschuldig Mitleidender, wie viel tiefer, nagender Seelenschmerz, von denen niemals eine Kunde in's statistische Bureau dringt!!“

höhung der Branntweinsteuer zu erschweren, dadurch dem Branntweinmissbrauche in wirkungsvoller Weise Abbruch zu verschaffen.

Also die Branntweinsteuerfrage ist in Deutschland noch in der Schwebe. Ob der Reichstag mit ihr sich in nächster Zeit zu beschäftigen haben wird, ob die Frage dann zu einem erfreulichen Abschlusse gelangt, steht gänzlich dahin. Deshalb ist es wohl nicht als verspätet zu betrachten, wenn in den Schriften des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke zur Beurtheilung der Branntweinsteuerfrage ein Beitrag gegeben wird.

Für mich stelle ich in solchem Beitrage die Aufgabe, einerseits die jetzt bestehende Branntweinsteuergesetzgebung in Deutschland kurz darzulegen, sodann die holländische Branntweinsteuergesetzgebung ihr gegenüberzustellen. Diese letztere aus dem Grunde, weil mir scheint, dass die Erwägung, ob die deutsche Branntweinsteuergesetzgebung ihr gleich oder ihr ähnlich zu gestalten sein möchte, nicht unberechtigt ist. Uebrigens schieke ich noch voraus, dass es bei dieser Darstellung der beiden gedachten Gesetzgebungen nicht die Absicht sein kann, auf alle technischen Einzelheiten einzugehen. Es kann sich nur darum handeln, die Mitglieder und die Freunde des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke im allgemeinen über den Stand der Gesetzgebung zu unterrichten.

### **Die deutsche Branntweinsteuergesetzgebung.**

Dieselbe ist keine einheitliche. Es bestimmt zwar der Artikel 35, Absatz 1, der Reichsverfassung vom 16. April 1871 (Reichsgesetzblatt S. 63), dass dem Reiche ausschliesslich die Gesetzgebung über die Besteuerung des im Inlande bereiteten Branntweins und Bieres zustehe. Im zweiten Absatze heisst es dann aber: „In Bayern, Württemberg und Baden bleibt die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Bundesstaaten werden jedoch ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände herbeizuführen.“

In dem Artikel 38, Absatz 4, daselbst heisst es dann: „Bayern, Württemberg und Baden haben an dem in die Reichskasse fliessenden Ertrage der Steuern von Branntwein und Bier und an den diesem Ertrage entsprechenden Theile des Aversums (der ausserhalb der gemeinschaftlichen Zolllinie liegenden Gebietstheile) keinen Theil.“

Folgedessen bezieht sich die Gesetzgebung des Reichs bezüglich der Branntweinsteuer auch jetzt noch nicht auf Bayern, Württemberg und Baden.

Dagegen ist einerseits durch Reichsgesetz vom 16. Mai 1873 (Reichsgesetzblatt S. 111) die für Deutschland, ohne Bayern, Württemberg und Baden, bestehende Branntweinsteuergesetzgebung auf Elsass-Lothringen ausgedehnt, auch gleichzeitig bestimmt, dass die Einfuhr von Branntwein aus jenen drei deutschen Staaten nach Elsass-Lothringen einer Abgabe für die Reichskasse von 16 fr. 38 c. für Ein Hektoliter unterliegt; andererseits ist eine besondere Reichsteuer durch Gesetz vom 15. November 1874 (Reichsgesetzblatt S. 133) für die hohenzollernschen Lande eingeführt; sie beträgt vom Hektoliter 1 M. 50 Pfg. bei einer Stärke bis zu 65 % Tralles und 3 M. bei einer Stärke von mehr als 65 %.

Für diejenigen deutschen Staaten, welche die gemeinsame Branntweinsteuer haben, besteht übrigens nur materiell in der Gesetzgebung Uebereinstimmung, formell nicht, da verschiedene Gesetze massgebend sind.

Für Preussens alte Provinzen, für das Königreich Sachsen, die zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten und für Braunschweig ist der Staatsvertrag vom 28. Juni 1864 (Preuss. Gesetzsammlung für 1865, S. 529) massgebend; dem Verträge trat Oldenburg durch Uebereinkunft vom 27./30. April 1867 bei. Für die neuen Provinzen Preussens erging die Königliche Verordnung vom 11. Mai 1867 (Pr. Gesetz-Sammlung S. 633), welche die für die Branntweinsteuer in den alten Provinzen Preussens geltenden Gesetze einführte.

Endlich wurde das Bundesgesetz vom 8. Juli 1868 (Reichsgesetzblatt S. 384) für die übrigen zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten erlassen und ist solches durch Grossherzoglich Hessische Verordnung vom 19. Mai 1869 auch für Hessen südlich vom Main eingeführt.

Von unwesentlichen Abweichungen abgesehen, ist materiell die Gesetzgebung für Deutschland, abgesehen immer von Bayern, Württemberg und Baden — theilweise ist auch hier in neuester Zeit an der Gesetzgebung geändert — die gleiche; denn jene Verordnung vom 11. Mai 1867 und das Bundesgesetz vom 8. Juli 1868 enthalten nur eine Zusammenstellung der im alten Preussen und in den mit ihm in Branntweinsteuer-Gemeinschaft gestandenen Staaten gültigen Bestimmungen und für Elsass-Lothringen ist das Bundesgesetz vom 8. Juli 1868 massgebend erklärt.

Bei der weiteren Darstellung lege ich dieses zu Grunde.

Vorausgeschickt mag noch werden, dass der Einfuhrzoll nach dem jetzt massgebenden Zolltarifsgesetze vom 22. Mai 1885 (Reichsgesetzblatt S. 93) für Branntwein aller Art auf 100 Kilogramm 80 M. beträgt. (Für Bier beträgt er 4 M., für Wein in Fässern 24 M., für Wein in Flaschen 48 M., für Schaumwein 80 M., immer für 100 Kilogramm.)

Die Branntweinsteuer soll von dem im Inlande erzeugten Branntwein für das Preussische Quart (= 1,145 Liter) zu fünfzig Procent Alkoholstärke nach Tralles  $1\frac{9}{16}$  Silbergroschen (auf Ein Liter berechnet, ergibt das 13,64 Reichspfennig) betragen. (§ 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1868.)

Erhoben wird aber diese Steuer nicht von dem fertigen Branntwein, sondern:

a) bei der Bereitung des Branntweins aus Getreide oder anderen mehligten Stoffen nach dem Rauminhalte der zur Einmischung oder Gährung der Maische benutzten Gefässe als Maischbottichsteuer;

b) bei der Bereitung des Branntweins aus nicht mehligten Stoffen nach der Menge der dazu zu verwendenden Materialien als Branntweinmaterialsteuer. (§ 2 des gedachten Gesetzes.)

Die Maischbottichsteuer wird mit 3 Silbergroschen (= 30 Reichspfennig) für jede 20 Preussische Quart (=  $22\frac{9}{10}$  Liter) des Rauminhalts der Maischbottiche und für jede Einmischung erhoben. Für landwirthschaftliche Brennereien, sofern sie nur in der Zeit vom 1. November bis zum 16. Mai betrieben werden, und sofern sie nur selbst gewonnene Erzeugnisse verwenden und auch an einem Tage nicht über 900 Preussische Quart (=  $1030\frac{1}{2}$  Liter) bemaissen, tritt eine Ermässigung der Steuer auf zwei Silbergroschen und sechs Pfennige (= 25 Reichspfennig) für  $22\frac{9}{10}$  Liter ein. (§ 3 des gedachten Gesetzes.)

Die Branntweinmaterialsteuer wird entrichtet für jede 60 Preussische Quart (= 68,7 Liter) eingestampfte Weintreber, Kernobst, oder auch Treber von Kernobst und Beerenfrüchten aller Art mit 4 Sgr. (= 40 Reichspfennig); für jede 60 Pr. Quart (= 68,7 Liter) Trauben- oder Obstwein, Weinhefen und Steinobst acht Silbergroschen (= 80 Reichspfennig). Bei anderen nicht mehligten Stoffen, welche zur Branntweinerzeugung verwendet werden möchten, wird die Steuer durch die oberste Finanzbehörde des betreffenden Staates nach Verhältniss der Ausbeute und nach dem Normalsatze des § 1 festgesetzt. (§ 4 des gedachten Gesetzes.)

Bei der Ausfuhr von Branntwein nach dem Auslande wird eine Rückvergütung der Steuer von 11 Silbergpfennigen für das Quart zu 50 % Alkohol nach Tralles gewährt. (§ 5 des gedachten Gesetzes.) Umgerechnet beträgt diese Ausfuhrvergütung, welche auch bei Ausfuhr nach Bayern, Württemberg und Baden gewährt wird, nach der letzten Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. December 1883 für Ein Hektoliter (bei 50 % Tralles) 8 M. 0,58 Pfg. (Nach derselben Bekanntmachung beträgt die Uebergangsabgabe für Branntwein aus Bayern, Württemberg und Baden für Ein Hektoliter (bei 50 % Tralles) 13 M. 10 Pfg.)

Zu erwähnen ist hier gleich, dass nach dem Reichsgesetze vom 19. Juli 1879 (Reichsgesetzblatt S. 259) bei Verwendung von Branntwein zu gewerblichen Zwecken (einschliesslich Essigbereitung) die Branntweinsteuer nach demselben Satze vergütet wird, welcher bei der Ausfuhr von Branntwein gewährt wird.

Nachdem in den §§ 6 bis 12 des Gesetzes vom 8. Juli 1868 die Vorschriften über die Anmeldung und Abmeldung des Gewerbe und der Brennereigeräthe, über die Vermessung und Bezeichnung derselben, sowie über die Benutzung der Brennereien und der Brennereigeräthe, auch über das Aussergebrauchsetzen der Geräthe für die Zeit, während welcher ein Betrieb nicht angemeldet und gestattet worden ist, gegeben sind, bestimmt der § 13 des gedachten Gesetzes, dass die Branntweinsteuer spätestens am letzten Tage des Monats, in welchem ein Brennereibetrieb stattgefunden hat, fällig ist. Wer den Zahlungstermin einmal versäumt, muss die Steuer bei jeder fernerer Anmeldung vorausbezahlen. Uebrigens kann die oberste Finanzbehörde Bestimmungen erlassen, nach denen eine Stundung der Steuer zu bewilligen ist, und dies geschieht in erheblichem Umfange.

Ein Steuererlass erfolgt nur, wenn durch einen ausserordentlichen Zufall eine unvermeidliche Unterbrechung des Betriebes entsteht oder die Maische eines versteuerten unangebrochenen Bottichs gänzlich unbrauchbar geworden ist. (§ 14 des gedachten Gesetzes.)

Im § 15 daselbst sind weitere Vorschriften wegen der Berechnung, Erhebung der Branntweinsteuer, sowie wegen deren Verjährung gegeben.

In den §§ 16 bis 42 des Gesetzes vom 8. Juli 1868 sind die genauen Vorschriften über den Betrieb der Brennereien gegeben. Bezüglich der Brennereien, welche die Maischbottichsteuer zu entrichten haben, weisen wir auf folgende Bestimmungen hin. Der vom Brenner einzuliefernde Betriebsplan ist nach dem von der Steuerverwaltung vorzuschreibenden Muster für einen vollen Kalendermonat oder, wenn der Betrieb erst im Laufe eines Monats beginnen soll, für den noch übrigen Theil dieses Monats einzureichen, und zwar mindestens drei Tage vor der ersten Einmaischung. Abänderungen des Betriebsplanes können ein Mal im Monate dann gestattet werden, wenn der Betrieb dadurch verstärkt wird. Für jeden zur Einmaischung bestimmten Tag darf nicht unter 600 Quart (= 687 Liter) Maischraum angemeldet werden. Bottiche unter 300 Quart (= 343 ½ Liter) sind nicht zulässig. Die Einmischungen dürfen nur geschehen im October bis einschliesslich März von Morgens 6 Uhr bis Abends 10 Uhr, in den übrigen Monaten von Morgens 4 Uhr bis Abends 10 Uhr.

Für die Brennereien, welche Branntwein aus nicht mehligem Stoffen herstellen, sind besondere Betriebsvorschriften gegeben, welche theilweise von den obigen Vorschriften abweichen.

Die ganze Thätigkeit der Brennereien beider Arten wird ständig von der Aufsicht der Steuerbeamten begleitet und stellt das Gesetz vom 8. Juli 1868 in den §§ 43 bis 49 die Rechte und Pflichten der Steuerbeamten bei Ausübung des Dienstes näher fest.

Endlich stellt das gedachte Gesetz in den §§ 50 bis 69 die Strafen und das Strafverfahren fest. Ergänzend hat hierzu das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuche vom 31. Mai 1870 (Reichsgesetzblatt S. 195) bestimmt, dass Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Entrichtung der Branntweinsteuer in drei Jahren verjähren. Die Strafen sind theils Ordnungsstrafen, theils die Strafe der Defraudation. Wann die letztere eintritt, bestimmt das Gesetz des Näheren; diese Strafe besteht in einer Geldbusse gleich dem vierfachen Betrage der vorenthaltenen Steuer, die ausserdem nachzuzahlen ist. Im ersten Rückfalle wird der achtfache Betrag der vorenthaltenen Steuer, bei ferneren Rückfällen deren sechszehnfache Betrag als Strafe erhoben. Ist der Schuldige der Brenner selbst, so verliert er im ersten Rückfalle das Recht, für drei Monate die Brennerei zu betreiben oder zu seinem Vortheile durch einen dritten betreiben zu lassen; bei weiterem Rückfalle verliert er solches Recht für alle Zeit.

Dass die so für den grössten Theil Deutschlands bestehende Branntweinsteuer einerseits einen verhältnissmässig geringen Ertrag abwirft, dass andererseits auf weitere Minderung dieses Ertrages in dem Gesetze selbst liegende Mängel einwirken, indem namentlich in der Ausfuhrvergütung für Kartoffelspiritus mehr Branntweinsteuer erstattet wird, als gezahlt ist, ist bekannt und von der Reichsregierung niemals bestritten worden.

Das Ergebniss der Branntweinsteuer und der Uebergangsabgabe von Branntwein <sup>1)</sup> nach Abzug der den Einzelstaaten zu vergütenden Erhebungskosten und nach Abzug der Ausfuhrvergütungen, also die reine Einnahme für die Reichskasse zu Gunsten der zur Branntweinsteuergemeinschaft gehörigen Staaten war:

1875:	41,622,078 M.	
1876:	46,731,438	» (einschl. 1. Vierteljahr 1877)
1877/8:	36,381,541	»
1878/9:	37,501,348	»
1879/80:	36,857,019	»
1880/1:	35,366,837	»
1881/2:	35,321,425	»

<sup>1)</sup> Vgl. das Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preussischen Staates. Jahrgang V, 1883, unter XVIII. Finanzen. S. 46.

Für die folgenden Jahre war der Ansatz nach dem Reichshaushalt:

1882/3:	35,517,630 M.
1883/4:	35,704,940 »
1884/5:	35,925,900 »
1885/6:	36,527,000 »
1886/7:	37,224,450 »

Im November-Heft (1886) der Statistik des Deutschen Reiches ist eine nähere Mittheilung über die Branntweinbrennerei und die Branntweinbesteuerung in den zur Branntweinsteuer-Gemeinschaft gehörigen Staaten für 1. April 1885/6 enthalten. Danach waren in Deutschland (ohne Bayern, Württemberg, Baden) 33,892 Brennereien im Betriebe gewesen (gegen 30,409 im Vorjahre), von welchen 7184 hauptsächlich mehligte Stoffe (gegen 7205 im Vorjahre), 18 Melasse (gegen 22 im Vorjahre) und 26,690 (gegen 23,182 im Vorjahre) andere nicht mehligte Stoffe (Weinhefe, Weintreber, Obst u. dgl.) zur Branntweinbereitung verwendet haben. Die Zunahme in der Zahl der letztgedachten Brennereien entfällt hauptsächlich auf Elsass-Lothringen, wo allein 25,241 Brennereien solcher Art im Betriebe waren, und ist eine Folge der guten Wein- und Obsternte des Jahres 1885. An Maischbottichsteuer sind angekommen 65,061,599 M. (gegen 61,952,242 M. im Vorjahre) und an Branntweinmaterialsteuer 790,639 M. (gegen 783,226 M. im Vorjahre), so dass der Bruttoertrag der Branntweinsteuer in der Branntweinsteuergemeinschaft sich auf 65,852,238 M. belief, wovon 8,469,612 M. (im Vorjahre 8,472,708 M.) durch Brennereien entrichtet wurden, welche Presshefenfabrikation betrieben. An Eingangszoll auf Branntwein aller Art sind eingekommen 1,987,744 M. (im Vorjahre 4,824,471 M.), an Uebergangsabgabe 105,096 M. (im Vorjahre 129,559 M.) und an Ausgleichsabgabe beim Uebergange von Branntwein aus Luxemburg 2518 M.

Von dem so sich auf 67,947,596 M. gestaltenden Bruttoertrage sämtlicher Branntweinabgaben ist die Vergütung für Ausfuhr und technische Zwecke mit 17,855,252 M. (im Vorjahre 14,310,027 M.) abzuziehen, so dass als Nettoertrag der Branntweinabgaben verbleiben 50,092,344 M. (im Vorjahre 53,082,124 M.) oder 1 M. 35 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung der Staaten der deutschen Branntweinsteuergemeinschaft gegen 1 M. 44 Pfg. auf den Kopf im Jahre 1884/5.

Dagegen ist der Nettoertrag der inländischen Branntweinsteuer allein (Bruttoertrag: 65,852,238 M.) nach Abzug der Vergütung für Ausfuhr und technische Zwecke (17,855,252 M.) nur 47,996,986, von welcher Summe dann die erheblichen nach der Bruttosteuer berechneten Erhebungskosten (im Jahre 1887/8 nach dem Staatshaushaltsetat für Preussen allein zu 8,408,550 M. angesetzt) abgehen.

Nimmt man die oben für die deutsche Branntweinsteuergemeinschaft im Reichshaushalt für 1. April 1886/7 angesetzte Reineinnahme der inländischen Branntweinsteuer von 37,224,450 M. und berechnet den Betrag auf den Kopf der Bevölkerung nach dem vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung pro 1885 (37,828,700 Einwohner der Staaten der deutschen Branntweinsteuergemeinschaft), so ergibt sich ein Betrag von nahezu 1 M. 02 Pfg. für den Kopf der Einwohner.

Diesem Ertrage des Jahres 1885/6 gegenüber, also von 1 M. 35 Pfg. für den Kopf einschliesslich Hebungskosten, von nahezu 1 M. 02 Pfg. für den Kopf ausschliesslich Hebungskosten beträgt die Netto-Einnahme aus der Branntweinsteuer nach den Angaben der Reichsregierung in der Begründung des Branntweinsteuermonopol-Gesetzentwurfes vom 22. Februar 1886, Anlage A:

Netto-Einnahme aus dem Branntwein

	im Ganzen:	pro Kopf:
Frankreich . .	237,500,000 Francs,	6,33 Francs (= 5 M. 06 Pfg.)
England . . .	15,000,000 Pfd. St.,	0,41 Pfd. St. (= 8 » 20 » )
Russland . .	250,000,000 Rubel,	3 Rubel (= c. 6 M.)
Ver. Staaten v.		
Nordamerika	74,500,000 Dollars,	1,5 Dollars (= 6 M. 26 Pfg.)
Belgien . . .	27,000,000 Francs,	4,9 Francs (= 3 » 92 » )
Holland <sup>1)</sup> . .	22,000,000 Gulden,	4,9 Gulden (= 8 » 23 » )
Schweden . .	19,500,000 Kronen,	4,33 Kronen (= c. 4 M. 85 Pfg.)

Es ist also die Branntweinsteuer für Deutschland jenen Staaten gegenüber geradezu ungewöhnlich niedrig, während übrigens unsere direkten und indirekten Steuern beim Vergleich im Einzelnen mit den gleichartigen Steuern anderer Staaten diesen ausserordentlichen Unterschied nicht zeigen.

Wir haben oben schon auf einen besonderen Mangel der deutschen Branntweinsteuergesetzgebung hingewiesen, welcher darin liegt, dass die Vergütung für die Steuer bei der Ausfuhr für den Kartoffelbranntwein höher ist, als die wirklich gezahlte Steuer. Ebenso aber wird für den im Inlande gebrauchten Branntwein, welcher aus Kartoffelspiritus hergestellt wird, nicht diejenige Branntweinsteuer gezahlt, welche das Gesetz beabsichtigt hat und welche nach dem früheren Stande der Technik der Branntweinbrennerei aus Kartoffeln als berechtigt angesehen werden dürfte.

Die Begründung des Branntweinmonopol-Gesetzentwurfes sagt selber: „Die mit der Maischraumsteuer verbundenen Nachtheile

1) Für Holland ist seit Kurzem die Steuer vom Branntwein von 57 Cents auf 60 Cents erhöht worden. Die Einnahme vom Branntwein betrug im Jahre 1886: 23,394,213 Gulden, ergibt bei rund 4,350,000 E. auf den Kopf 5,37 Gulden = 9 M. 02 Pfg.

sind nicht zu verkennen. Vor allem hat sie eine erhebliche Ungleichheit der Besteuerung zur Folge, da das Maass der auf dem Branntwein lastenden Steuer von der Ausbeute an Alkohol abhängt, welche aus dem Maischraume erzielt wird. Diese Ausbeute aber schwankt je nach Material und Betriebseinrichtungen zwischen  $3\frac{1}{2}\%$  bis  $11\%$  und in demselben Masse verschieden ist daher auch die Steuerbelastung des Branntweins.«

Ein Beispiel möge dies erläutern. Wir stellen eine Kartoffelbrennerei und eine Kornbranntweinbrennerei mit Presshefenbereitung einander gegenüber. In beiden werden 4500 Liter Maischraum versteuert, macht bei 30 Pfg. für 22,9 Liter Raum übereinstimmend 58 M. 95 Pfg. Nun wird das Ausbringen von Branntwein bei einer Kornbranntweinbrennerei mit Presshefenbereitung zu  $4,3\%$  angenommen; es kommen also aus 4500 Liter Korn-Maischmasse 193,5 Liter Spiritus von  $100\%$  Stärke; wenn für diese 58 M. 95 Pfg. an Branntweinsteuer bezahlt sind, so kommen auf 100 Liter 30 M. 46 Pfg. oder auf Ein Liter 30,46 Pfg., das ist auf Ein Liter  $50\%$  Branntweins 15,23 Pfg. Branntweinsteuer, während sie nach dem Gesetze für Ein Liter  $50\%$  Branntweins nur 13,60 Pfg. betragen soll. Bei diesen Betrieben zahlt also Ein Liter Branntwein 1,63 Pfg. mehr an Steuer. Der Kornbranntweinbrenner mag in Folge der Verwerthung der Hefe keinen Schaden haben. Zweifellos kommt aber die Steuer vom Branntwein aus Korn höher, als das Gesetz es beabsichtigte. Das möchte gleichgültig sein, wenn es bei der Branntweinbereitung aus anderen Stoffen ähnlich wäre. Es tritt aber bei der Kartoffelbrennerei das umgekehrte Verhältniss ein. Es wird bei dieser das Ausbringen von Branntwein zu durchschnittlich nahezu  $9\%$  angenommen; es kommen also auf 4500 Liter Kartoffel-Maischmasse 405 Liter Spiritus von  $100\%$  Stärke; da für diese nun ebenso 58 M. 95 Pfg. Branntweinsteuer gezahlt werden, so kommen auf 100 Liter 14 M. 55 Pfg. oder auf Ein Liter 14,55 Pfg., das ist auf Ein Liter  $50\%$  Branntweins nur 7,27 Pfg., während für Ein Liter  $50\%$  Branntweins die Branntweinsteuer nach dem Gesetze 13,60 Pfg. betragen soll. Der Kartoffelbrenner zahlt also für Ein Liter Branntwein 6,33 Pfg. weniger an Steuer, als das Gesetz gewollt hatte.

In neuester Zeit ist übrigens von sachkundiger Seite behauptet worden, dass eine niedrigere durchschnittliche Spiritusausbeute trotz der Verbesserungen in dem maschinellen Betriebe der Kornbranntwein- wie der Kartoffelspiritus-Fabriken eingetreten sei. Als Grund der Verminderung der Ausbeute wird bei den Kartoffelbrennereien angegeben, dass der Gehalt der Kartoffeln an Stärke in Folge des sogenannten „Ausbaues“ der Kartoffeln gesunken sei. Während derselbe früher  $20\%$  betragen habe, soll derselbe jetzt aus der angegebenen Ursache auf  $17\%$  herabgefallen sein. Ferner soll die

Branntweinausbeute bei den Presshefefabriken sich gemindert haben, weil die letzteren anlässlich der in den letzten Jahren so sehr gesunkenen Spirituspreise genöthigt gewesen sind, hauptsächlich den Ertrag an Hefe auf Kosten der Spiritusausbeute zu steigern. Ferner sollen auch die Melassebrennereien in Folge der durch das Verfahren der Melasse-Entzuckerung, wodurch die Melasse an Spiritusgehalt verloren hat, eine geringere Ausbeute aufzuweisen haben.

Wir können hier dahingestellt sein lassen, ob diese Behauptungen richtig sind oder nicht. Bestehen bleibt auf jeden Fall die dreifache Thatsache:

1. die deutsche Branntweinsteuer ist sehr niedrig;
2. die Branntweinsteuer der Kornbranntweinbrennereien und der Kartoffelbranntweinbrennereien im Verhältnisse zu einander ist sehr ungleichmässig;
3. die Vergütung für die Ausfuhr von Branntwein ist bei Ausfuhr von Kartoffelspiritibus höher, wesentlich höher, als die gezahlte Branntweinsteuer.

Diese im Laufe der Jahre entstandenen Unrichtigkeiten der Gesetzgebung müssen baldigst durch die Reichsgesetzgebung gebessert werden.

Dabei wird aber eine volle Rücksichtnahme auf die landwirthschaftlichen Interessen Platz greifen müssen. Die Landwirthschaft in den östlichen Provinzen namentlich ist derartig auf den Anbau der Kartoffel und auf die Kartoffelbrennerei angewiesen, dass beispielsweise die Einführung einer neuen Branntwein-Fabrikatsteuer für jene die grössten Gefahren mit sich bringen müsste. Die Schädigung würde solchen Falles um so grösser werden können, wenn in denjenigen Landestheilen, wo der Boden den Anbau von Rüben gestattet, zur Spiritusbereitung aus Rüben übergegangen würde. Bei der jetzigen Maischraumsteuer sind Rüben zur Spiritusbereitung deshalb nicht mit Vortheil verwendbar, weil in dem zu versteuern den Maischraum eine entsprechende Menge Rüben nicht eingemaischt werden kann; die Rüben verlangen eine dünnere Einmischung; es ist daher in den gleichen Raum nicht eine so grosse Quantität Zucker hineinzubringen, als wie durch die Einmischung von Kartoffeln ermöglicht ist.

Es war daher natürlich, dass in derjenigen Commission, welche der deutsche Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke zur Erörterung der Branntweinsteuerfrage eingesetzt hatte <sup>1)</sup>, nahezu

1) Die Commission bestand aus den Herren: Professor Dr. von Miaskowski-Breslau, Staatsrath a. D. Dr. Geffken-Hamburg, Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg, Rittergutsbesitzer Sombart-Ermsleben, Staatsminister a. D. Frhr. von Varnbüler-Stuttgart, Senator Dr. Witte-Rostock, Oberbürgermeister

einhellig und vorab anerkannt wurde, dass jene Rücksichtnahme auf die landwirthschaftlichen Interessen zu nehmen sei. In der Jahresversammlung des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke zu Dresden am 28. Mai 1885 hat der Vorsitzende der Commission, Professor Dr. von Miaskowski-Breslau, eingehend über die Verhandlungen der Commission Bericht erstattet. Danach sind in der Commission vier Vorschläge gemacht worden:

1. Beibehaltung der Maischraumsteuer mit den bisherigen Sätzen; dann aber Einführung einer hohen Schanksteuer und einer entsprechenden Steuer vom Branntweinkleinverkaufe; ferner Trennung der Gastwirthschaft von der Schankwirthschaft; Unterordnung der Brennereien unter die Bestimmungen vom Kleinhandel, so dass sie nur dann Branntwein im Kleinverkauf abgeben dürfen, wenn sie dazu die besondere Erlaubniss erhalten. Sonderung des Verkaufes von Branntwein vom Verkaufe anderer Gegenstände; endlich strenge Durchführung des Verbotes des Handels im Umherziehen mit Branntwein und des Aufsuchens von Bestellungen auf Branntwein.

2. Beibehaltung der Maischraumsteuer, aber Erhöhung der Steuersätze für dieselbe; von einer Seite gedacht in geringem Umfange und im Sinne einer Uebergangsmassregel, die zur Einführung eines neuen Steuersystems mit wesentlich höheren Steuersätzen führen sollte; von der anderen Seite war die Steuererhöhung mit dauernder Beibehaltung der Maischraumsteuer gedacht.

3. Sofortige Einführung einer Branntwein-Fabrikatsteuer.

4. Beibehaltung der Maischraumsteuer unter einigen Aenderungen, insbesondere dahin, dass die kleinen Brennereien etwas erleichtert, die Steuersätze für die übrigen etwas erhöht werden; dieses, nach dem besonderen Vorschlage des Vorsitzenden der Commission, damit eine solche Erhöhung der Maischraumsteuer herausgebracht werde, die hinreichen würde, um ein etwaiges Deficit im Steuerbetrage zu decken, das durch eine mässige Erhöhung der Export-Bonification entstehen könnte; letztere Erhöhung angesichts der zum Theil beträchtlichen Exportprämien, welche eine Reihe Staaten ihren Branntweinbrennern zahlen, für nothwendig gehalten <sup>1)</sup>. Daneben aber, wo möglich im ganzen Deutschen Reiche, eine weitere Steuer von all demjenigen Branntwein, welcher in den Trinkconsum gelangt, nach Massgabe des Fabrikats, aber nicht bei dem Brenner zu erheben, sondern bei einer anderen Person,

Brüning-Osnabrück, Geh. Regierungsrath Dr. Nasse-Bonn, Prof. Dr. Friedländer-Breslau, Graf Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Tütz bei Deutsch-Grone, Graf von Zieten-Schwerin auf Wustrau, und dem Geschäftsführer des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke, A. Lammers-Bremen.

1) Nach einem besonderen Vorschlage in Rücksicht auf die Kornbranntweinbrennereien für diese an Stelle der Maischraumsteuer eine fakultative Fabrikatsteuer.

welche die Vermittelung zwischen dem Brenner und den Consumen bewirkt; nach dem einen Vorschlage bei dem letzten Verkäufer, also dem Wirthe und dem Kleinhändler; nach einem anderen Vorschlage bei dem ersten Käufer, bei demjenigen, welcher den Brantwein direkt von der Brennerei bezieht. Die Höhe dieser Steuer war vorgeschlagen zu 50 Pfg. bis 1 M. für Ein Liter 50 % Brantweins; ihr Ertrag war — unter Berücksichtigung des in Folge der Steuererhöhung eintretenden Minderverzehrs — zu 100 bis 220 Millionen Mark für das ganze Deutsche Reich berechnet.

Der letztere Vorschlag, also Beibehaltung der Maischraumsteuer in Rücksicht auf die landwirthschaftlichen Interessen der östlichen Provinzen und daneben Einführung einer Consumsteuer vom Trinkbrantwein, war, von Einzelheiten abgesehen, in den vor den Berathungen der Commission abgegebenen schriftlichen Gutachten seitens dreier Mitglieder der Commission gemacht und hatte sich ihnen der Professor Dr. von Miaskowski angeschlossen. Auch war in der mündlichen Verhandlung der Commission von allen Seiten nicht verkannt worden, dass man auf Grund dieses Vorschlages am besten zu einer Uebereinstimmung gelangen könne, und zwar auch seitens der Anhänger der reinen Fabrikatsteuer, von diesen mit dem Vorbehalte, dass ihrerseits als Ziel der letzten Reform der Brantweinsteuer die allmähliche Abschaffung der Maischraumsteuer, bezw. die genau folgende gleichmässige Erhöhung der vorgeschlagenen Consumsteuer angesehen werde.

Der Professor Dr. von Miaskowski hob in der Jahresversammlung des deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke zu Dresden vom 28. Mai 1885 hervor, „der Vorschlag gehe von Männern aus, die verschiedenen volkwirthschaftlichen und politischen Parteien angehören, und vollständig unabhängig von einander, jeder auf seinem Wege, zu demselben Resultate gelangt seien.“

Der Verfasser dieser Schrift befand sich unter denjenigen, welche zu jenem Vorschlage gelangt waren. Für die Erhebung der neben der Maischraumsteuer einzuführenden Consumsteuer, und zwar erst bei dem Wirthe, bezw. dem Kleinhändler, schienen ihm schon damals die Bestimmungen der holländischen Brantweinsteuergesetzgebung besonders beachtenswerth. Nach weiterer Prüfung dieser Frage und der Einzelheiten der holländischen Gesetzgebung hat sich solche Ansicht nur befestigen können. Gerade nach dieser Rücksicht ist für diese Schrift die Gegenüberstellung der deutschen und der holländischen Brantweinsteuergesetzgebung als Aufgabe gewählt worden.

### Die holländische Branntweinsteuergesetzgebung.

Die holländische Branntweinsteuer beruht für den im Inlande erzeugten Branntwein auf dem Gesetze vom 20. Juni 1862 (Wet, houdende bepalingen omtrent den accijns op het binnenlandsche gedistilleerd). Es ist aber, was zunächst die Höhe der Steuer betrifft, von Jahr zu Jahr solche gestiegen. Während sie nach jenem Gesetze für Ein Liter fünfzigprocentigen Branntweins 22 Cents betrug, ist dieser Ansatz schon durch Gesetz vom 31. December 1863 auf 35 Cents, durch Gesetz vom 7. Juli 1865 auf 50 Cents<sup>1)</sup>, durch Gesetz vom 9. April 1869 auf 53 Cents, durch Gesetz vom 6. April 1877 auf 57 Cents für Ein Liter erhöht worden. Sodann ist durch Gesetz vom 20. Juli 1884 auf bestimmte Zeit, nämlich bis zum 1. Januar 1887, die Erhöhung auf 60 Cents (etwas mehr als Eine Mark deutscher Reichswährung) gebracht und diese Erhöhung ist durch das am 23. December 1886 erlassene Gesetz kürzlich ohne Zeitbeschränkung weiter verlängert worden.

In einzelnen wenigen Beziehungen ist das Gesetz vom 20. Juni 1862 durch die Novellen vom 7. Juli 1865 und vom 23. December 1886 verändert worden. Die Aenderungen sind bei der folgenden Darstellung berücksichtigt.

Die Branntweinsteuer für ausländischen Branntwein beträgt nach dem Gesetze vom 1. Mai 1863 für Ein Liter 50procentigen Branntweins (hier abgesehen von einzelnen Abweichungen) dieselbe Summe, welche an Steuer von dem im Inlande erzeugten Branntwein gehoben wird. Daneben wird für allen Alkohol und alle alkoholhaltigen Stoffe ein Zoll gehoben, und zwar vom Hektoliter 50 % Branntweins 3½ Gulden.

Die auf den in Holland selbst, und zwar fast ausschliesslich aus Korn (1880 war keine Kartoffel- und nur eine Melassebrennerei vorhanden) erzeugten Branntwein gelegte Steuer wird von dem fertigen Branntwein erhoben. Die Steuer ist also eine Fabrikatsteuer. Sie ist aber auch eine Consumsteuer, da die Zahlung der Branntweinsteuer erst dann eintritt, wenn der Branntwein an die Stelle gelangt, wo er zum Verzehr kommen soll.

Die Steuer wird bei grösserer oder geringerer Stärke des Branntweins, als fünfzig Procent, nach dem Verhältnisse zu letzterer Stärke erhoben. Für die Messung ist als Grundlage eine Wärme von 15° des hunderttheiligen Thermometers (Celsius) angenommen.

---

1) Mit dieser Erhöhung stand die Aufhebung des Rechtes der Gemeinden, Zuschläge zu der staatlichen Branntweinsteuer zu erheben, in gewisser Verbindung.

Jede Menge Branntweins, in welchem der Alkohol in einem anderen Verhältnisse, als 50 %, enthalten ist oder welcher eine andere Wärme, als 15°, hat, wird durch Berechnung auf die Stärke von 50 % reducirt. Die Einrichtung der Flüssigkeitswaagen, die Berechnungstafeln werden durch Königliche Verordnung bestimmt.

Uebrigens wird bei der Messung unfertigen Branntweins von geringerer Stärke als 40 %, bzw. bei der Reduction dessen Menge auf Branntwein von 50 %, für den Verlust, welcher bei der weiteren Destillation entsteht, ein Absatz gemacht, und zwar mit 2 %, wenn der unfertige Branntwein eine Stärke unter 15 % hat, und mit 1 %, wenn er eine Stärke von 15 bis unter 40 % hat.

Trotzdem nun die Branntweinsteuer eine Steuer vom fertigen Fabrikate ist, unterliegen die Betriebe der Brennereien und Destillationen dennoch einer sehr strengen Controlle, dergestalt, dass der Materialienverbrauch ganz genau bei den Steuerbehörden bekannt wird, folgedessen diese nach bestimmten Verhältnissätzen annähernd genau controlliren können, welche Menge fertigen Branntweins die einzelne Brennerei gewonnen haben muss.

Es werden unterschieden die Brennereien, in welchen der Branntwein aus den Rohstoffen gewonnen wird, und die Destillationen, in welchen durch Destillation der Branntwein gereinigt und zu Trinkbranntwein hergestellt wird.

Die Brennereien werden in drei Klassen unterschieden, je nachdem ausschliesslich Mehl von Korn, Kartoffeln, allein oder vermengt mit Mehl, oder andere als die gedachten Grundstoffe verarbeitet werden.

Die ersteren Brennereien sind wieder in fünf Klassen eingetheilt. Da fast nur Kornbrennereien in Holland bestehen, so dass die Bestimmungen für andere Brennereien wenig praktisch geworden sind, werden wir in unseren Mittheilungen wesentlich nur die Kornbrennereien in's Auge fassen. —

Die Destillationen werden in zwei Klassen unterschieden, je nachdem sie bereits versteuerten Branntwein bearbeiten oder unter Genuss eines Steuercredits (und entsprechender Controlle) den Branntwein zur weiteren Bearbeitung auf Lager genommen haben.

Jede Brennerei und jede Destillation kann gleichzeitig nur zu Einer Klasse gehören.

Auf demselben Grundstücke (Erbe) darf stets nur eine Art Brennerei oder Destillation betrieben werden. Auch ist verboten, mit einer Brennerei oder Destillation, sofern sie auf Steuercredit arbeitet, auf demselben Grundstücke einen Branntweinausschank zu betreiben. Gewisse Ausnahmen liess das Gesetz vom 20. Juni 1862 für eine Uebergangszeit zu.

Das Gesetz gibt dann die genauesten Vorschriften in Bezug auf die Grundstücke und Gebäude (deren unbeschränktes Betreten den

Steuerbeamten gesetzlich gesichert ist), sowie in Bezug auf die Angaben, welche bei Errichtung einer Brennerei oder Destillation und bei Veränderungen im Laufe des Betriebes gemacht werden müssen.

Ueber jedem Eingange einer Brennerei, einer Destillation oder eines (Grosshandel-) Lagerraums für Branntwein muss, sofern der Eingang an einer öffentlichen Strasse liegt — der Haupteingang für Brennereien, Destillationen und Grosshandel-Lagerräumen muss an einem öffentlichen Wege liegen — eine das Geschäft bezeichnende Aufschrift „in deutlich sichtbaren, in Oelfarbe angebrachten Buchstaben“, sowie der Name des Eigenthümers vorhanden sein.

Weitere Vorschriften des Gesetzes ordnen die Einfuhr von Mehl in die Brennereien; jedes Einbringen von Mehl muss dem Steueramte angezeigt werden; den Inhalt der Anzeige schreibt das Gesetz nach allen einzelnen Beziehungen selbst vor; der Steuerbeamte bescheinigt den Empfang und führt mit dem Brenner Buch über den Eingang und den etwaigen Ausgang von Mehl, sowie über den Verbrauch des Mehls in der Brennerei.

Die Steuerbehörde hat das Recht, das Mehllager zu revidiren; es liegt eine strafbare Uebertretung des Brenners vor, wenn bei der Revision seines Lagers eine um  $1\frac{1}{2}\%$  grössere oder geringere Menge Mehl gefunden wird, als nach seinen Declarationen bei der Steuerbehörde vorhanden sein sollte.

In dem vierten Hauptstück des Gesetzes (dasselbe hat 12 Hauptstücke und 140 Artikel, welche letzteren wieder vielfach in Paragraphen getheilt sind, und dürfte sich von unseren deutschen Gesetzen insofern wesentlich unterscheiden, als bei uns viele Bestimmungen, die dort — ich habe solche Vorsicht in anderen holländischen Gesetzen ebenso gefunden — im Gesetze Aufnahme gefunden haben, den Ausführungsvorschriften vorbehalten zu werden pflegen) werden in den Artikeln 34 bis 54 die Vorschriften über die Einrichtung, den Gebrauch, die Prüfung, die Zeichnung und die Versiegelung der in den Brennereien und Destillationen gebrauchten Geräthe aller Art gegeben.

Es kann unterlassen werden, diese Vorschriften einzeln aufzuführen; sie sind sehr eingehend gegeben und erhellt aus der Ausgabe des Gesetzes von van Dillen und Middelkoop (Leeuwarden 1880), welche uns vorliegt, dass nur zu einzelnen Bestimmungen erläuternde Verfügungen des Finanzministers erforderlich geworden sind.

Uebrigens bestehen, wie wir früher dargelegt haben, für die Controlle über die Brennereien in Deutschland ähnliche Bestimmungen und mögen sie, da es sich um die Hebung der Branntweinsteuer nach dem Maischraume handelt, hier noch schärfer erforderlich sein, als in Holland, wo die ganze Controlle lediglich

bezweckt, sich zu vergewissern, ob die erzielte Branntweinmenge der eingebrachten Mehlmenge annähernd entspricht.

In dem fünften Hauptstücke des Gesetzes, Artikel 55 bis 81, werden die Vorschriften gegeben, welche bei der Branntweinbrennerei selber von dem Brenner genauestens zu beachten sind.

Für die Kornbranntweinbrennereien — für die anderen Brennereien sind in den Artikeln 71 bis 81 andere Bestimmungen gegeben — kommen insbesondere folgende Vorschriften in Betracht. Für die Feststellung der Menge verbrauchten Mehles und des daraus zu gewinnenden Branntweins wird das Jahr in zwei Zeiträume geteilt; nämlich vom 1. October bis Ende Mai und vom 1. Juni bis Ende September.

Dann ist im Gesetze genau vorgeschrieben, dass der Brenner vor dem Beginne der Einmischung, und zwar für einen Zeitraum von mindestens vierzehn Tagen und höchstens von Einem Monate, neben anderen Angaben der Steuerbehörde die Menge Mehl, welche zur Bereitung der Maischmasse gebraucht werden soll, und die Menge Branntwein zur Stärke von 50 %, welche davon gewonnen werden soll, aufgeben muss. Dazu ist im Gesetze die Minimalausbeute an Branntwein sowohl nach Pfunden Mehl als nach Hektoliter Maischmasse, verschieden nach dem Sommer- und Winterzeiträume, vorgeschrieben; unter diesen Ansätzen darf der Brenner die zu erwartende Menge Branntwein nicht aufgeben <sup>1)</sup>. Bei den Presshefebrennereien kann jedoch die Ausbeute 3 % unter dem Minimum angegeben werden. Der Brenner ist befugt, während des Laufes der Zeit, für welche die Angabe gemacht ist, in Bezug auf die zu erwartende Menge Branntwein eine höhere Angabe zu machen.

Alle diese Vorschriften bezwecken die Controlle nach der Richtung, ob die schliesslich gewonnene Menge Branntweins der als eingemaischt angegebenen Menge Mehles entspricht.

Wird eine Differenz zwischen der Aufgabe des Brenners und der wirklichen Ausbeute an Branntwein nachgewiesen, so bleibt

1) Die Minimalausbeute in Branntwein zu 50 % soll betragen in den Brennereien:

	in dem Sommerzeitraum		in dem Winterzeitraum	
	für Ein Pfund Mehl	für Ein Hektoliter Maischmasse	für Ein Pfund Mehl	für Ein Hektoliter Maischmasse
erster Klasse .....	0,57 Liter	4,84 Liter	0,55 Liter	4,56 Liter
zweiter Klasse .....	0,56 "	7,84 "	0,54 "	6,48 "
dritter Klasse .....	0,51 "	7,14 "	0,49 "	5,88 "
vierter Klasse .....	0,49 "	6,86 "	0,47 "	5,64 "

Ein holländ. Pfund ist gleich einem halben Kilogramm.

das unbeachtet, wenn die Ausbeute niedriger ist als die Aufgabe; übertrifft die Ausbeute die Aufgabe nicht um mehr als 5 %, wird das Mehr dem Brenner in dem mit der Steuerbehörde geführten Buche behufs Versteuerung einfach zugeschrieben, ohne dass er Strafe zu zahlen hat. Jedes weitere Mehr wird ihm ebenfalls zur Versteuerung zugeschrieben; daneben tritt aber Strafe ein; ist die Angabe gegen die Ausbeute um mehr als  $7\frac{1}{2}$  % zu niedrig gewesen, so tritt eine Geldbusse ein, welche gleich dem fünffachen Betrage der Branntweinsteuer für die als defraudirt ermittelte Mehr-Ausbeute ist.

Die Beamten haben auf schriftliche Ermächtigung ihres Controlleurs oder eines höheren Beamten das Recht, die gährende Maischmasse aus einem oder aus mehreren Bottichen abzupapfen oder abzupapfen zu lassen, um das daraus erhaltene Rohdestillat aufzunehmen. Es sind, wie zu verfahren ist, in den Artikeln 66 bis 68 des Gesetzes die näheren Vorschriften gegeben. Es ist diese Anordnung vornehmlich das Mittel zur Controlle derjenigen Brennereien, welche mit leichtem Einschlag (s. S. 208) arbeiten.

Für diejenigen Brennereien, welche Kartoffeln, allein oder gemischt mit Mehl, zu Branntwein verarbeiten, deren aber, soweit uns bekannt, keine vorhanden sind, sind ähnliche Vorschriften gegeben; ebenso ist für sie die Minimalausbeute festgestellt. Die Differenz zwischen der wirklichen Ausbeute und der Aufgabe des Brenners ist bei diesen Brennereien anders bestimmt; beträgt sie unter 8 %, so tritt nur der Steuerzusatz ein; erst darüber hinaus tritt Strafe ein und erst bei einer Differenz von 12 % und mehr tritt die obengedachte Strafe des fünffachen Betrages der defraudirten Branntweinsteuer ein.

In dem Vorstehenden haben wir, unter Vermeidung der Vorführung von zu viel Einzelheiten, einen Ueberblick über die Controlle-Vorschriften zu geben versucht, welchen die Brennereien während der Zeit, in welcher in der Brennerei der Branntwein bereitet wird, unterliegen. Sie sind durchweg scharf und ergibt eine genaue Ansicht der vielen Einzelbestimmungen neben den Hauptbestimmungen, dass ihre genaueste Befolgung nur in Folge strengster Uebung möglich ist. Trotzdem ist uns von sachkundigen Personen aus Holland versichert worden, dass Uebertretungen äusserst wenig vorkommen, dass insbesondere die Brenner selber gegen die ganze Gesetzgebung über die Branntweinsteuer, allein abgesehen von deren Höhe, niemals Beschwerde erhoben oder auf Aenderungen gedrungen haben. Uebrigens ist uns dabei nicht ohne Unrecht bemerkt worden, das Gesetz begünstige in Holland in keiner Weise die eine Klasse der Brenner vor einer anderen Klasse der Brenner, wie das in Deutschland ohne Frage zu Gunsten der

Kartoffelbrennereien der östlichen Provinzen gegenüber den Kornbrennereien der westlichen Provinzen der Fall ist.

Wenn soweit die holländische Branntweinsteuergesetzgebung mit der deutschen gleichen Gesetzgebung mancherlei Aehnlichkeit hat, so unterscheiden sie sich in Bezug auf die Hebung der Steuer selber ganz erheblich.

In Deutschland die Hebung der Steuer nach dem Maischraume und die Fälligkeit der Steuer — abgesehen von Steuercrediten — alsbald ohne Rücksicht darauf, wann das Produkt zum Verzehr kommt, wann also die vom Brenner verauslagte Steuer ihm oder dem Händler wieder erstattet wird.

In Holland dagegen die Hebung der Steuer erst von dem fertigen Branntwein und die Fälligkeit der Steuer erst in dem Augenblicke, in welchem der Branntwein zum Verzehr, namentlich bei den Wirthen und Kleinhändlern, gelangt.

Die Bestimmungen nach dieser Richtung gibt das holländische Gesetz im sechsten Hauptstücke, in den Artikeln 82 bis 106; und werden wir dieselben möglichst vollständig wiederzugeben versuchen.

Zwischen der Steuerbehörde einerseits und dem Brenner, dem Destillateur, welcher ein Lager mit Steuercredit hat, und dem Grosshändler, welcher Steuercredit genießt, andererseits wird wegen allen Branntweins, welcher von jenen producirt, bezw. eingelegt wird, eine Rechnung (Conto) geführt.

Auf diesem Conto werden als Debet vorgetragen (Art. 82. § 2):

- a. der Bestand aus dem Vorjahre, bezw. wenn im Laufe des Jahres die Rechnung abgeschlossen wird, der Bestand nach solchem Abschlusse;
- b. diejenige Menge Branntweins, welche nach eigener Angabe des Brenners aus der Rohdestillation zu gewinnen ist;
- c. das Mehr der unter b. gedachten Menge, welches sich bei den Controlle-Untersuchungen durch die Steuerbeamten ergibt;
- d. die Einlage aus einer anderen Brennerei u. s. w. mit Ueberschreibung des Steuercredits;
- e. die Einlage aus Freilägern;
- f. das bei Messungen von den Steuerbeamten gefundene Ueberschreiss.

Auf dem Conto werden dann als Credit gebucht (Art. 82. § 3):

- a. die Fortgabe gegen Zahlung der Steuer, bezw. die Fortgabe mit der Verpflichtung eines Dritten zur Zahlung der Steuer;
- b. die Fortgabe mit Ueberschreibung des Steuercredits auf einen Dritten oder auf sich selber für eine andere Brennerei, Destillation oder einen anderen (Grosshandel-) Lagerraum;
- c. die Fortgabe zur Ausfuhr nach dem Auslande;

- d. die Fortgabe an ein Freilager;
- e. die Fortgabe in gewissen Fällen unter Genuss von Steuerfreiheit (also besonders für gewerbliche Zwecke);
- f. die Abschreibungen, falls in Folge entstandener Unfälle die angegebene Menge Branntweins nicht gewonnen ist;
- g. die für gewisse Fälle der weiteren Reinigung des Spiritus gesetzlich zugelassenen Kürzungen mit 4,2½ oder 1½ % (Artikel 5 des Gesetzes vom 23. December 1886);
- h. das bei Messungen von den Steuerbeamten gefundene Untermass unter sofortiger Zahlung der Branntweinsteuer für solche Menge;
- i. der Vortrag auf das Conto für das folgende Jahr, bezw. wenn im Laufe des Jahres die Rechnung abgeschlossen ist, der Vortrag auf das für das laufende Jahr neu angelegte Conto.

Sind Brennerei, Destillation und Lager auf demselben Besitzthum vereinigt, so wird für sie ein gemeinschaftliches Conto geführt.

Jedem Brenner, Destillateur und Grosshändler wird unter gehöriger Bürgschaft durchlaufender Steuercredit gewährt.

Als Grosshändler wird nur angesehen, wer die Gewerbesteuer als solcher zahlt und durchgehend mindestens fünfzehn Hektoliter Branntwein von 50 % Stärke auf Lager hält.

Jeder Brenner u. s. w. ist für die ihm zu Last geschriebene Branntweinsteuer verhaftet, bleibt es auch für den von ihm auf Transportzettel für das Inland oder auf Legitimationsschein zur Ausfuhr abgegebenen Branntwein, bis der Transportzettel für das Inland (nach Bezahlung der Branntweinsteuer durch den Empfänger des Branntweins, bezw. nach Uebertragung der versendeten Menge Branntwein auf den Steuercredit des Empfängers), bezw. der Legitimationsschein zur Ausfuhr an denjenigen Steuerempfänger, welcher sie ausgestellt hatte, gehörig bescheinigt zurückgekommen sind.

Fällig ist die Branntweinsteuer an sich bei der Abgabe des Branntweins zum inländischen Verbräuche; bezahlt braucht sie aber erst an dem Platze zu werden, wohin der Branntwein im Inlande zum Verzehr gesandt wird.

Steuerfreiheit geniessen auf Antrag Essigfabriken; auch kann ihnen ein Freilager von Branntwein zugestanden werden. Steuerfrei ist ferner Spiritus für naturwissenschaftliche Zwecke. Steuerfrei ist ferner Spiritus zur Stärke von mindestens 85 %, welcher durch Vermengung mit Hefe zur Verfertigung von Branntwein ungeeignet gemacht ist. (Art. 2 des Gesetzes vom 7. Juli 1865). Steuerbonifikationen werden ertheilt an Liqueurfabrikanten und an Riechwasserfabrikanten bei der Ausfuhr, für die ersteren in Mengen von

wenigstens fünfzig Litern, für letztere, wenn nach Reduction die ausgeführte Menge mindestens fünfzig Liter Alkohol von 50 % Stärke hält. (Artikel 85.)

Ueber jede beabsichtigte Abgabe von Branntwein aus der Brennerei, Destillation oder Grosshandlung ist dem Steuerempfänger des Bezirks folgende, von dem Absendenden unterschriebene Anzeige zu erstatten; es ist dies im Gesetze selbst im Einzelnen vorgeschrieben. (Artikel 87. § 1.)

- a. Steuer-Amtsbezirk und Datum;
- b. Name, Beruf und Wohnort des Anmeldenden;
- c. Bezeichnung der Brennerei u. s. w., auf Erfordern nach Kataster-Nummer u. s. w., aus welcher die Abgabe des Branntweins erfolgen soll;
- d. Name, Beruf und Wohnort desjenigen, an welchen der Branntwein abgegeben werden soll;
- e. sowie nähere Bezeichnung des Besitzthums, in welchem der Branntwein eingelegt werden soll;
- f. Angabe der Sorte, Menge und Stärke des abzugebenden Branntweins, die Zahlen mit Buchstaben geschrieben;
- g. Angabe der Zahl, der Merkzeichen oder Nummern der Fässer, Flaschenbehälter oder Körbe;
- h. Angabe des Namens des Fuhrmanns oder Schiffers oder der sonstigen Versendungsart;
- i. Angabe der Bestimmung des Branntweins, namentlich ob sofortige Bezahlung der Branntweinsteuer eintreten soll, oder ob Ueberschreibung der Branntweinsteuer auf den Credit eines Anderen erfolgen soll, oder ob Steuerfreiheit zur Ausfuhr beansprucht wird, oder ob Einlage in Freiläger (entrepôt) beabsichtigt wird oder ob steuerfreie Einlage beansprucht werden kann;
- k. Angabe des für die Versendung zu nehmenden Weges, soweit dies nach dem Urtheile des Steuerempfängers möglich ist;
- l. Angabe des Zeitpunktes, in welchem die Versendung erfolgen soll.

Bei Versendung von Branntwein, welcher in einer anderen Gemeinde unter sofortiger Bezahlung der Steuer eingelegt werden soll, bedarf es der Angabe unter e. nicht.

Bei Ausfuhr in das Ausland ist an Stelle der Angaben unter d. und e. der ausländische Bestimmungsort und das letzte Zollamt, bei welchem die Ausfuhr beschafft werden soll, einzutragen.

Wenn die Abgabe mit Ueberschreibung der Steuer auf den Credit eines Anderen erfolgen soll und dieser in demselben Steueramtsbezirke wohnt, hat der letztere auf der Anzeige des Absenders

eine Erklärung abzugeben, dass er für sich die Absendung des Branntweins mit Ueberschreibung der Branntweinsteuer auf seinen Credit beordert hat.

Liegt der Bestimmungsort in solchem Falle nicht in demselben Steueramtsbezirke, so muss derjenige, welcher die Zusendung beordert hat, demjenigen Steuerempfänger, in dessen Bezirk die Einlegung des Branntweins erfolgen soll, eine von ihm unterzeichnete Angabe folgenden Inhalts (nach Artikel 88. § 1) machen:

- a. Steueramtsbezirk und Tag der Angabe;
- b. Name, Beruf und Wohnort des Bestellers;
- c. sowie nähere Bezeichnung des Besitzthums, in welchem die Einlegung des Branntweins erfolgen soll;
- d. Sorte und Menge des bestellten Branntweins, unter Reduction auf die Stärke von 50 %;
- e. Name des Brenners, Destillateurs, oder Händlers, bei dem bestellt ist, und Angabe der Gemeinde, in welcher die Brennerei etc. liegt; ist dem Besteller der Name des Brenners etc. unbekannt, so kann ein Makler oder Commissionär angegeben werden, welcher alsdann am Absendungsorte den Namen des Brenners etc. in der gleich zu erwähnenden Bescheinigung einzutragen hat.

Der Steuerempfänger gibt dann nach § 3 des Artikel 88 dem Besteller (die Bestellung von Sicherheit für die Branntweinsteuer vorausgesetzt) eine Bescheinigung über die obengedachte Anzeige, um sie dem Absender des Branntweins, bezw. dem Makler oder Commissionär zuzusenden.

Der Brenner, Destillateur oder Grosshändler liefert danach diese Bescheinigung mit seiner obengedachten Angabe bei dem Steuerempfänger seines Bezirks ein, worauf dieser dem Absender die abzusendende Menge Branntweins abschreibt, die obengedachte Bescheinigung im Verwahr behält.

Die obengedachte Angabe und die obengedachte Bescheinigung müssen in Bezug auf die Menge des Branntweins übereinstimmen; es ist jedoch gestattet, auf dieselbe Bescheinigung mehr als eine Versandtangabe zu machen; die mehreren Angaben dürfen alsdann die in der Bescheinigung angegebenen Menge Branntweins nicht überschreiten.

Die gedachten Bescheinigungen müssen vor Ablauf von drei Monaten benutzt werden, verlieren sonst ihre Gültigkeit.

In den Artikeln 89 bis 106 folgen dann für die einzelnen Arten der Abgabe von Branntwein die näheren Einzelbestimmungen, alle im Gesetze selbst gegeben, so dass daneben nur vereinzelte Ausführungsvorschriften nothwendig geworden sind.

A. Abgabe mit sofortiger Bezahlung der Branntweinsteuer (Artikel 89 bis 92).

Die Abgabe kann aus Brennereien und Destillationen (dies sind im Sinne des Gesetzes, wie hier wiederholt werden mag, diejenigen Fabriken für Reinigung von Branntwein, bezw. Herstellung von Liqueuren, welche Steuercredit geniessen) nur in Mengen von wenigstens 1½ Hektolitern, aus Grosshandlungen nur in Mengen von wenigstens fünfzehn Litern erfolgen, in beiden Fällen zur Stärke von 50 % oder reducirt auf solche Stärke.

Es können jedoch der Brenner und Destillateur gleichzeitig mehrere Abgaben (an verschiedene Personen) in ihrer Anmeldung zur Abschreibung der Steuer vereinigen, vorausgesetzt, dass die Abgaben zusammen mindestens 1½ Hektoliter betragen.

Gehört der Ort, wohin abgesandt werden soll, zu demselben Steueramtsbezirke, aus welchem versandt wird, so ertheilt der Steuerempfänger auf die eingelieferte Anzeige und für die gleichzeitig eingezahlte Steuer eine Quittung zur Legitimation für die Absetzung auf dem Conto des Brenners, für die Versendung und für die (nun steuerfreie) Einlage am Bestimmungsorte.

Diese Quittung soll (nach Artikel 90. § 1) enthalten:

- a. bis h. dieselben Angaben, welche nach Artikel 87. § 1 unter a. bis h. (S. 195) vorgeschrieben sind.
- i. Betrag der bezahlten Branntweinsteuer.
- k. Bezeichnung des Weges, welcher nach dem Bestimmungsorte zu nehmen ist.
- l. Angabe der Zeit des Anfanges der Versendung.
- m. Angabe der Zeit, welche für die Versendung bis zum Bestimmungsorte zugestanden ist; die Zeit kann in der Weise getheilt werden, dass (innerhalb der Gesamtzeit) bestimmte Entfernungen in besonders bezeichneten Zeiträumen zurückgelegt werden müssen.
- n. Angabe, ob die Unterzeichnung (afteekening) der Quittung durch Steuerbeamte nicht etwa noch ausserdem erfolgen muss bei der wirklich vollzogenen Versendung, bei dem Ausgange aus der Gemeinde, oder unterwegs an den dazu anzuweisenden Amtsstellen (posten) und bei der Einlage am Bestimmungsorte.

Der Steuerempfänger gibt eine zweite Quittung, enthaltend die Bestimmungen unter a. bis f., i. und l., an den Absender behufs Aufbewahrung zu seiner Legitimation.

Liegt der Bestimmungsort in einem anderen Steueramtsbezirke, als der Absendungsort, so stellt der Steuerempfänger auf die eingelieferte Angabe einen Transportzettel (vervoerbiljet) zur Legitimation für die Absetzung der betr. Menge Branntwein bei dem

Versender, für die Versendung und für die Einlage am Bestimmungsorte aus. Dieser Transportzettel enthält nach Artikel 91. § 1:

- a. bis i. dieselben Angaben, welche im Artikel 87. § 1 (S. 195) unter a. bis i. vorgeschrieben sind.
- k. bis n. dieselben Angaben, welche in Art. 90. § 1 unter k. bis n. (S. 197) vorgeschrieben sind. (Hier tritt also an Stelle von Litr i. im Artikel 90. § 1 (Betrag der bezahlten Steuer) die Litr i. aus Artikel 87. § 1.)
- o. (Ob die Einlage ohne vorausgegangene Unterzeichnung (af-teekening) des Transportzettels geschehen kann, oder ob zu der Einlage vorab eine Ermächtigung des Steuerempfängers am Bestimmungsorte eingeholt werden muss.) <sup>1)</sup>
- p. Die Zeit, binnen welcher der Transportzettel, gehörig unterzeichnet, zu demjenigen Steuer-Bureau, welches denselben ausstellte, zurückgeliefert sein muss.

(Der Steuerempfänger stellt einen zweiten Transportzettel aus, enthaltend die Angaben a. bis f., i., l. und p., für den Absender behufs Aufbewahrung zu seiner Legitimation.) <sup>2)</sup>

Es wird dann die zur Absendung deklarierte, bezw. versteuerte Menge Branntwein auf dem Conto des Absenders abgeschrieben.

Der Steuerempfänger am Bestimmungsorte erteilt die unter o. im Artikel 91. § 1 gedachte Ermächtigung nach § 4 des Artikel 91 erst dann, wenn bei ihm entweder die Branntweinsteuer bezahlt oder dafür Bürgschaft gestellt ist.

Der Empfänger des Branntweins hat den Transportzettel längstens binnen vier Tagen nach Einlage des Branntweins bei dem Steuerempfänger, in dessen Bezirk er wohnt, einzuliefern.

Wenn jedoch bei Ausübung der Controlle durch die Steuerbeamten von diesen ein Ueberschuss gefunden wird, so geschieht die Einlieferung des Transportzettels sofort durch sie. In diesem Falle ist der Transporteur des Branntweins für die Branntweinsteuer von dem Ueberschuss verantwortlich, wenn nicht der Empfänger des Branntweins dafür aufzukommen sich bereit erklärt.

Es hat nun der Empfänger des Branntweins die Branntweinsteuer, falls nicht schon nach der Bestimmung o. des Artikel 91. § 1, bezw. dessen § 4 die Steuer bezahlt oder dafür Bürgschaft gestellt ist, längstens binnen vier Tagen (fällt der vierte Tag auf einen Sonntag, dann spätestens am dritten Tage) nach der Einlage des Branntweins von der im Transportzettel angegebenen Menge, eventuell von dem festgestellten Ueberschuss, bei dem Steuerempfänger seines Bezirkes zu bezahlen.

1) Nach Aufhebung der Gemeindegzuschläge fortgefallen.

2) Desgleichen.

Der Steuerempfänger stellt Quittung aus, mit denselben Angaben, welche im Artikel 90. § 1 unter a. bis f. und i. (Betrag der bezahlten Steuer) für die dort gedachte Quittung vorgeschrieben sind, nebst einer Abschrift des Transportzettels, für welchen die Quittung ausgestellt ist.

Der Steuerempfänger hat weiter auf dem Transportzettel die Bezahlung der Branntweinsteuer zu bescheinigen und sendet dann an das Steuerbureau des Absendungsortes denselben zurück.

Wird der Transportzettel nicht innerhalb der bestimmten Zeit (Artikel 90. § 1, m.), oder nicht für die volle abgesandte Menge bescheinigt, vom Steuerbureau des Absendungsortes zurückempfangen, so wird die Branntweinsteuer von der abgesandten Menge ohne Weiteres von dem **Absender eingefordert**.

#### B. Abgabe von Branntwein mit Ueberschreibung der Branntweinsteuer auf den Credit eines anderen Brenners, Destillateurs oder Grosshändlers (Artikel 93 bis 95).

Die geringste Menge beträgt fünf Hektoliter zu 50 % Stärke. (In Kartoffelbrennereien darf nur Branntwein aus Kartoffelbrennereien mit Ueberschreibung des Credits eingelegt werden.)

Ist der Bestimmungsort in demselben Steueramtsbezirke, wie der Absendungsort, so stellt der Steuerempfänger auf die erhaltene Anzeige einen Transportzettel (vervoerbiljet) aus, welcher die im Artikel 91. § 1 unter a. bis n. und p. (S. 198) vorgeschriebenen Angaben enthält.

Ist der Bestimmungsort in einem anderen Steueramtsbezirke, so stellt der Steuerempfänger einen eben solchen Transportzettel aus, welcher zugleich Datum und Nummer der im Artikel 88. § 3 (S. 196) vorgeschriebenen Bescheinigung enthält.

Der Steuerempfänger gibt dem Absender eine zweite Ausfertigung des Transportzettels und schreibt ihm auf seinem Conto die versandte Menge Branntwein ab.

Kommt der Transportzettel aber nicht binnen der vorgeschriebenen Zeit mit ordnungsmässiger Bescheinigung an den Steuerempfänger zurück, so hat dieser von dem Absender die Branntweinsteuer für die versandte Menge ohne Weiteres einzuziehen.

Der Empfänger des Branntweins (oder wenn bei der Controlle durch die Beamten von diesen eine Abweichung ermittelt wird, diese) hat binnen 24 Stunden nach Empfang des Branntweins den Transportzettel bei dem Steuerempfänger seines Bezirks einzuliefern. Derselbe belastet dann den Empfänger auf dessen Conto

mit der empfangenen Menge Branntweins, zieht aber von einem etwa ermittelten Untermaass sofort die Branntweinsteuer ein. Er bescheinigt auf dem Transportzettel die Ueberschreibung auf den Credit des Empfängers, eventuell die Zahlung der Branntweinsteuer für Untermaass, sendet ihn danach an den Steuerempfänger des Absendungsortes zurück.

C. Abgabe von Branntwein zur Ausfuhr nach dem Auslande unter Abschreibung der Branntweinsteuer auf dem Conto des Absenders. (Artikel 96 bis 98.)

Die geringste Menge beträgt zwei (früher fünf) Hektoliter von 50 % Stärke.

Die Steuerämter, über welche die Ausfuhr statthaft ist, sind durch Königliche Verordnung (vom 20. April 1863) benannt; jedoch kann der Finanzminister in besonderen Fällen auch die Ausfuhr bei anderen Steuerämtern gestatten.

Für die Ausfuhr wird eine Legitimation (consent) von dem Steuerempfänger des Absendungsortes ausgestellt und darin eine Frist für die Vollendung der Ausfuhr bestimmt. Dem Absender wird dann die versandte Menge Branntweins auf seinem Conto gelöscht. Kommt aber die gedachte Legitimation nicht rechtzeitig an den Steuerempfänger mit der Bescheinigung des Grenzsteueramtes<sup>1)</sup> über die stattgehabte Ausfuhr zurück, so wird die Branntweinsteuer sofort von dem Absender eingezogen. Ist bei dem Grenzsteueramte gegen die Angaben der Legitimation ein Untermaass ermittelt, so wird für dieses von dem Absender die Branntweinsteuer sofort eingezogen.

D. Abgabe an Freiläger (entrepôt). (Art. 99—101.)

Die weiteren Bestimmungen über Freiläger befinden sich im VII. Hauptstücke, Artikel 107—110, und werden solche, soweit nothwendig, hier gleich mit angezogen.

Die geringste Menge für Abgabe an Freiläger beträgt zwanzig Hektoliter von 50 % Stärke.

Der Steuerempfänger des Absendungsortes stellt auf eingebrachte Deklaration einen Transportzettel (vervoerbiljet) nach den Vorschriften des Art. 91, § 1, unter a bis n und p (S. 198) aus, gibt dem Absender eine zweite Ausfertigung des Transportzettels und schreibt ihm auf seinem Conto die versandte Menge Branntweins ab. Kommt der Transportzettel nicht rechtzeitig oder vorschriftsmässig an den Steuerempfänger des Absendungsortes zurück, so wird von dem Absender die Branntweinsteuer ohne Weiteres eingezogen.

<sup>1)</sup> Dieses hat sich von der Einfuhr in das angrenzende Ausland Beweis liefern zu lassen, insbesondere durch Bescheinigung der ausländischen Behörde.

Der Transportzettel wird sogleich nach der Einlage im Freilager durch die Steuerbeamten in dem Bureau des Freilagers abgeliefert; dieses belastet Denjenigen, für welchen die Sendung bestimmt ist, auf seinem Conto mit der eingelegten Menge Branntwein. Für durch die Beamten gefundenes Untermaass wird die Branntweinsteuer sofort eingezogen. Das Bureau des Freilagers bescheinigt auf dem Transportzettel den Eingang und die Belastung des Empfängers, sowie die Steuerzahlung für das Untermaas, sendet dann den Transportzettel an den Steuerempfänger des Absendungsortes zurück.

Unterschieden werden öffentliche (publiek) und Private (particulier) Freiläger. Einheimischer Branntwein durfte in demselben Privat-Freilager oder in demselben Lagerraum eines öffentlichen Freilagers früher nicht mit ausländischem Branntwein zusammen eingelegt werden. Es ist das nach Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1865 zwar für zulässig erklärt, es wird dann aber aller gelagerte Branntwein ohne Unterschied des Ursprunges, als ausländischer Branntwein nach dem Gesetze vom 1. Mai 1863 behandelt.

Derjenige, für den gelagert ist, kann mit dem gelagerten Branntwein Veränderungen (oversteken, versnijden en verlengen) vornehmen; er darf dabei aber keinerlei vornehmen, was die Aufnahme der Stärke des Branntweins mit der Flüssigkeitswaage verhindern könnte.

Der Branntwein kann auf eine unbestimmte Zeit in dem Freilager verbleiben.

Die Abrechnung (Artikel 108) wegen des in öffentlichen oder privaten Freilägern eingelegten Branntweins erfolgt schliesslich:

- a. durch Uebertrag in demselben Freilager auf eine andere Person;
- b. durch Ausgabe aus einem Freilager in ein anderes Freilager;
- c. durch Ausgabe unter sofortiger Bezahlung der Branntweinsteuer oder unter Bestimmung der Bezahlung derselben an anderer Stelle, also bei dem Empfänger;
- d. durch Ausgabe zur Einlegung bei einem dritten, welcher durchlaufenden Steuercredit geniesst;
- e. durch Ausgabe zur Ausfuhr in das Ausland;
- f. durch Ausgabe zur steuerfreien Einlegung, so bei Essigfabriken;
- g. durch Absetzung an der Menge nach Art. 110, welcher bestimmt, dass bei Ausgleichung des Conto in Privatlagern für Verlust und Schwinden ein Absatz von höchstens einem Procent in drei Monaten zugestanden werden kann, sofern dies nach stattgehabter Messung nothwendig zu sein scheint;
- h. durch bei Messung gefundenes Untermaas; bei Privatlagern muss davon die Branntweinsteuer sofort bezahlt werden;
- i. durch Uebertrag auf neue Rechnung.

Es wird übrigens in den Fällen a bis d und f nur eine Ausgabe von mindestens 20 Hektoliter von 50% Stärke zugelassen, es sei denn schliesslich eine geringere Menge im Freilager geblieben. Für e, Ausfuhr ins Ausland, ist die geringste Menge zwei Hektoliter.

Uebrigens sind für die Herausgabe von Branntwein aus Freilägern dieselben Angaben zu machen, bezw. Bestimmungen zu beachten, wie sie bei Versendung aus einer Brennerei, Destillation oder Grosshandlung erforderlich sind.

Es wird kein Transportzettel und keine Ausfuhr-Legitimation an denjenigen, der in Freilägern Branntwein eingelegt hat, ausgefolgt, bevor er nicht dem Steuerempfänger des **Ortes, in welchem das Freilager sich befindet**, Sicherheit für den Betrag der Branntweinsteuer der zum Ausgange angemeldeten Menge Branntweins gestellt hat.

#### E. Ausgabe zur steuerfreien Verwendung. (Artikel 102.)

Es werden dafür Transportzettel ausgestellt. Die näheren Controlle-Bestimmungen sind durch Königliche Verordnung vom 20. April 1863 und 14. September 1872 gegeben.

Kommt der Transportzettel nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsmässig bescheinigt an den Steuerempfänger des Absendungsortes zurück, so wird die Branntweinsteuer ohne Weiteres von dem Absender eingezogen.

#### F. Abschreibungen. (Artikel 103.)

Auf dem Conto des Brenners wird von Amts wegen diejenige Menge Branntwein abgeschrieben, welche in Folge irgend eines Unfalles in der Brennerei oder an den Geräthen aus den Brennapparaten nicht gewonnen worden ist, sofern der Unfall rechtzeitig und vorschriftsmässig angemeldet wurde. Es wird also an der Menge, welche von dem Brenner als aus der eingemaischten Mehlmenge zu gewinnen angegeben und auf dem Conto des Brenners als demnächst steuerpflichtig gebucht ist, der entsprechende Absatz gemacht, und zwar nach schriftlichem Bescheide des Provinzial-Steuerdirectors.

#### G. Kürzungen. (Artikel 104.)

Bei Abschluss des Conto werden folgende Kürzungen zugestanden, sofern das Ergebniss der Messung solches nothwendig erscheinen lässt:

- a. an Destillateure eine Kürzung von höchstens vier (früher zwei; die 4% sind durch Gesetz vom 7. Juli 1865 zugestanden) Procent auf diejenige Menge rohen Branntweins,

welche bei der Einlage keine höhere Stärke als 65% hatte, und welche gereinigt und bis zu einer Stärke von 85 % oder mehr gebracht ist;

- b. an Destillateure eine Kürzung von höchstens 1½ % (früher ein Procent; die 1½ % sind durch Gesetz von 7. Juli 1865 zugestanden.) auf diejenige Menge Branntwein, welche, sei es direct, oder aus einem Freilager, mit keiner höheren Stärke als von 65% von dem Destillateur in seine Destillation eingelegt ist und auf welche er die unter b gedachte Kürzung nicht beanspruchen kann;
- c. an Brenner, welche in ihren Brennereien zugleich den rohen Branntwein reinigen, wird dieselbe Kürzung nach a, bezw. b gewährt, doch nur auf den Branntwein, den sie aus einer anderen Brennerei, welche mit derjenigen, in welcher die Reinigung geschieht, keine Gemeinschaft hat, beziehen, sei es direct oder aus einem Freilager.

Die Kürzungen nach a und b werden nicht gewährt, wenn der Branntwein aus einer Brennerei kommt, welcher nach c Kürzungen gewährt worden sind, oder wenn der Branntwein durch einen Brenner abgeliefert ist, welcher ihn nicht selbst gewonnen hat, sondern ihn auf Transportzettel bezogen hatte.

Die zuzuerkennende Kürzung wird nach derjenigen Menge Branntwein berechnet, welche während der Zeit, für welche die Messung erfolgte, verarbeitet worden ist.

#### H. Untermass. (Artikel 105.)

Wird bei den Controlle-Messungen in Brennereien, Destillationen oder Lägern gegen das geführte Conto Untermass gefunden, so muss davon sofort von dem Brenner etc. die Branntweinsteuer bezahlt werden, worüber der Steuerempfänger eine einfache Quittung im Anhalte an die Vorschriften im Artikel 90, § 1 unter a. b. f. und i. ausstellt, auch in derselben wegen des festgestellten Untermasses nähere Angabe macht.

#### I. Abschluss des Conto. (Artikel 106.)

Der Brenner, Destillateur und Grosshändler ist gehalten, jährlich im Januar seine Rechnung (Conto) mit dem Steuerempfänger auszugleichen und den Abschluss mit zu unterzeichnen.

Die Ausgleichung kann auch in der Zwischenzeit auf Verlangen des Steuerempfängers oder des Brenners etc. erfolgen; sie muss stets innerhalb zwei Tagen nach jeder ausgeführten Controlle-Messung erfolgen; binnen jener Frist muss der Brenner etc. sich im Bureau des Steuerempfängers einstellen, um den Abschluss der Rechnung mit zu unterzeichnen.

Erfüllt der Brenner nicht die Pflicht, bei dem Abschlusse der Rechnung mitzuwirken, so geschieht der Abschluss durch den Steuerempfänger allein; derselbe theilt dem Brenner etc. das Ergebniss mit und kann der Brenner etc. dagegen Einspruch nicht erheben; doch kann er binnen drei Monaten Anträge an den Finanzminister auf Aenderung der Abrechnung stellen, falls er Rechnungsfehler nachweisen kann, oder falls er nachweisen kann, dass eine ordnungsmässig erfolgte Abgabe von Branntwein abzuschreiben vergessen ist.

So die Vorschriften der holländischen Branntweinsteuergesetzgebung über die Abgabe des Branntweins zum Verzehr, in den Handel, in Freiläger u. s. w. Unseres Erachtens ist mit den getroffenen Massregeln der Eingang der Branntweinsteuer vollständig gesichert. Es dürfte aber auch die wesentlichste Bestimmung, nämlich dass der Empfänger von Branntwein zum Verzehr innerhalb bestimmter kurzer Frist die Branntweinsteuer einzahlen muss, in keiner Weise beschwerend sein. Wenn der Empfänger in dem Preise für den Branntwein die Steuer mitbezahlen muss, wird er sie voraussichtlich noch etwas höher angesetzt erhalten, da doch derjenige, von dem er bezieht, sei er Brenner oder Händler, ihm für seine Auslagen einen Ansatz machen wird. So hat der Empfänger nur die Branntweinsteuer an den Staat zu zahlen; die dadurch entstehende Mühwaltung kann nicht als eine lästige gelten.

Ebenso ist dem Brenner etc. gegenüber die Bestimmung, dass er für den Eingang der Branntweinsteuer verantwortlich bleibt, und zwar so lange, bis deren Zahlung (oder Ueberschreibung auf den Credit eines dritten) dem Steuerempfänger des Absendungsortes nachgewiesen ist, gewiss keine lästige. Der Brenner kann doch seine Kunden, an welche er liefert, darauf hin genau kennen, ob sie etwa ein Mal ein Fass Branntwein ganz oder theilweise zum Ausschank bringen, ehe sie die Steuer gezahlt haben.

Des Brenners Risiko ist bei dieser Steuerhebungsart mindestens nicht grösser, als wenn er, wie in Deutschland, gezwungen ist, die Branntweinsteuer, und zwar für längere Zeit, zu verauslagen; gibt er unsicheren Wirthen Credit, so verliert er auch hier neben dem Kaufpreis für den Branntwein, die verauslagte Steuer.

Uebrigens haben wir auf Reisen in Holland mehrfach Gelegenheit genommen, Wirthe zu befragen, ob die Art der Erhebung der Branntweinsteuer und die dafür nothwendigen Controlle-Massregeln ihnen erheblich unbequem wären.

Wie uns gegenüber die ähnliche Frage von anderen Seiten verneint ist, so auch von den Wirthen. Es ist uns von Wirthen,

wie von Brennern, nur die eine Klage über die Höhe der Branntweinsteuer ausgesprochen: der beste Beweis unseres Erachtens für die Behauptung, dass allerdings die Höhe der Branntweinsteuer wesentlich auf eine Ermässigung des Branntwein**verzehr**s einwirkt.

Uebrigens gibt es nach der holländischen Branntweinsteuer-gesetzgebung weitere Controlle-Massregeln, um Defrauden gegen die Branntweinsteuer zu verhüten.

Zunächst haben wir folgende im Gesetze vom 20. Juli 1865 Artikel 8 gegebenen, frühere Bestimmungen (wohl verschärfend) abändernde Vorschrift für den Grenzbezirk zu erwähnen: „die Menge Branntwein, welche bei Privaten für häuslichen Gebrauch ungedeckt (durch Steuerelemente) vorhanden sein darf, wird auf Ein Liter von 50 % Stärke für den Kopf der Hausbewohner über 18 Jahren festgesetzt. Dabei werden von Dienstboten höchstens zwei Personen eingerechnet.“

Sodann sind im VIII. Hauptstücke des Gesetzes vom 20. Juni 1862 in den Artikeln 111 bis 117 weitere Vorschriften über die Controlle bei der Versendung von Branntwein gegeben worden. Diese Controlle dauert von dem Beginn der Versendung an bis zur Einlegung am Bestimmungsorte.

Jede versendete Menge unversteuerten Branntweins, welche aus einer Brennerei, einer Destillation oder einem Lagerraum für Grosshändler kommt, oder dahin geht — wie wir früher sahen, muss die Versendung stets eine bestimmte Zahl Liter bzw. Hektoliter oder darüber halten — muss durch die vorgeschriebenen Dokumente gedeckt sein.

Ebenso muss jede Menge noch nicht versteuerten Branntweins, die aus einer anderen Stelle, z. B. einer Kleinhandlung, versandt wird, oder dahin geht, sobald sie mehr wie Ein Liter beträgt, durch die vorgeschriebenen Dokumente gedeckt sein. Eine Ausnahme machen nur Riechwasser, Firniss und ähnliche alkoholhaltige Stoffe, die in Mengen bis zu fünf Litern unter Beobachtung bestimmter Vorschriften ohne Dokumente versandt werden können.

Aber auch aller bereits versteuerte Branntwein, sobald die versandte Menge über Ein Liter von 50 % Stärke beträgt, übrigens einerlei, ob in- oder ausländischer Branntwein, bedarf eines Begleitscheines (geleibillet).

Derselbe enthält folgende Angaben:

- a. Bezirk und Datum.
- b. Name, Beruf und Wohnort des Versenders.
- c. Firma, Belegenheit etc. der absendenden Handlung etc.
- d. Name, Beruf, Wohnort des Empfängers.

- e. Sorte, Menge und Stärke des Branntweins.
- f. Zahl, Merkzeichen oder Nummer der Fässer, Körbe etc.
- g. Name des Fuhrmanns etc. und Art der Beförderung.
- h. zu verfolgender Weg.
- i. Zeitpunkt des Eingangs der Sendung.
- k. Dauer der Versendung; sie kann nach gewissen zu bestimmter Zeit zurückzulegenden Abständen vorgeschrieben werden.
- l. ob die Unterzeichnung des Begleitscheines durch Beamte nicht ausserdem geschehen muss bei der Ausgabe, bei dem Ausgang aus der Gemeinde, auf den dazu unterwegs angewiesenen Amtsstellen oder (Steuer-) Posten und bei der Einlage am Bestimmungsorte.

Den Begleitschein stellt der Steuerempfänger nach Vorlage einer Quittung über die bezahlte Steuer, oder eines (noch geltenden) Begleitscheines oder einer (Controlle-) Messungs-Bescheinigung aus; er schreibt dann die zur Ausgabe angemeldete Menge Branntwein ab.

In gewissen durch das Gesetz vorgesehenen Fällen, ist die Ausstellung der Begleitscheine bestimmten Personen zu versagen.

Die Steuerbeamten sind befugt, bei jedem Ausgang und Eingang von Branntwein eine Visitation und Prüfung (verificatie) bei dem Absender, bzw. dem Empfänger, vorzunehmen; insbesondere aber soll das geschehen, wenn Branntwein mit Ueberschreibung der Branntweinsteuer auf den Credit eines Andern, ferner wenn er zur Ausfuhr in's Ausland, zur Einlage in Freiläger oder zur steuerfreien Abgabe versandt werden soll, bei dem Absender; und ferner eine Prüfung bei dem Empfänger, wenn Ueberschreibung der Branntweinsteuer erfolgen soll oder wenn an ein Freilager abgesandt wird; jedoch kann bei Ueberschreibung der Branntweinsteuer die Prüfung erlassen werden, welchen Falles der Empfänger nach Einlage des Branntweins auf dem (einzuliefernden) Transportchein eine von ihm unterschriebene Erklärung abgeben muss. Auch muss die Prüfung stets erfolgen, wenn sie (von der Steuerbehörde des Absendungsortes) auf dem betr. Dokument ausdrücklich vorgeschrieben ist. Bei Versendung von Branntwein in Flaschen, Kruken ist, falls überhaupt eine Prüfung vorzunehmen ist, mindestens der zwanzigste, höchstens der zehnte Theil derselben durch die Steuerbeamten zur Prüfung auszuwählen; danach wird die Menge, bzw. die Stärke der ganzen Sendung berechnet.

Der Brenner u. s. w. ist gehalten, die vor der Absendung, bzw. vor der Einlage zu prüfende Menge Branntweins, für sich abgesondert gelagert, den Steuerbeamten genau anzuweisen; anderen Falles wird die Zeichnung des Dokuments verweigert.

Die Steuerbeamten geben nach vorgenommener Prüfung auf dem Dokumente und auf der zweiten Ausfertigung desselben ihre

Erklärung ab. Bei der Absendung ist in derselben die gefundene Menge und Stärke des Branntweins, auch der Inhaltsraum der Fässer und die wirkliche Einsinkung der Flüssigkeitswaage und der Wärmegrad des Branntweins anzugeben. Bei der Einlage stempeln die Beamten das Dokument als richtig ab, wenn keine grössere Differenz als 1 % für die zur Stärke von 50 % reducirte Menge Branntweins besteht.

Wird bei der Absendung auf Transportschein oder Ausfuhrlegitimation eine Differenz gegen die angemeldete Menge gefunden, machen die Steuerbeamten dem Steuerempfänger oder dem Freilager-Bureau schriftliche Anzeige; diese haben dann die sich ergebende Creditirung, bezw. Debitirung vorzunehmen. Es tritt aber Bestrafung ein, wenn die Differenz im Ueber- oder Untermaass bei Transportscheinen und Ausfuhrlegitimationen in Fässern grösser ist als 2 % und in Flaschen oder Krügen grösser als 4 %, oder wenn bei Versendung auf Steuerquittung oder Begleitschein die Differenz beim Uebermaass grösser ist als 1 % und beim Untermaass grösser als 5 %, immer nach Reduktion auf 50 % Stärke.

Dokumente für Ausgabe, Versendung und Einlage sind nicht gültig, wenn die vorgeschriebenen amtlichen Unterzeichnungen (Afteekeningen) derselben bei der Ausgabe, bei dem Ausgang aus der Gemeinde, auf den Steuer-Stellen, bezw. Steuerposten, soweit das unterwegs geschehen soll, oder bei der Einlage nicht erfolgt sind; oder wenn die Zeit, welche für einzelne Abstände auf dem zu nehmenden Wege besonders vorgeschrieben ist, nicht gewahrt wurde.

Die Versendungsdokumente müssen stets bei der versandten Waare zur Stelle sein, auf Verlangen der Steuerbeamten sofort vorgelegt werden.

Der Transporteur ist, bei Vorlage des Dokuments zur Unterzeichnung, gehalten, den Beamten den Branntwein zur Visitation oder Controlleprüfung vorzulegen.

Wird bei der Controlle-Prüfung eine grössere Differenz als Ein zwanzigstel der in dem Dokumente angegebenen Stärke ermittelt, so gilt die ganze Sendung als nicht gedeckt.

Wird in der Stärke keine oder eine geringe Differenz ermittelt, wird aber bezüglich der Menge eine Differenz gegen die im Dokumente angegebene Menge ermittelt, immer nach Reduktion auf 50 % Stärke, so wird, wenn die Differenz im Ueber- oder Untermaass grösser als 5 % ist, die ganze Sendung als nicht gedeckt angesehen; bei einer Differenz im Uebermaass von mehr als 1 bis 5 % wird allein das Uebermaass als nicht gedeckt angesehen; und bei einer Differenz im Untermaass, wenn auf Ausfuhrlegitimation versandt ist, von über 2 bis 5 % in Fässern, von über 4 bis 5 % in Flaschen oder Krügen wird Defraude angenommen. Geringeres Ueber- oder Untermaass wird nicht als Uebertretung angesehen.

Alle Fässer müssen ein Merkzeichen oder eine Nummer, sowie die Zahl des Inhaltsraumes haben, beides eingeschnitten, eingebrannt oder in Oelfarbe. Wird gegen die Inhaltsangabe eine Differenz von 1 % oder mehr ermittelt, so liegt Uebertretung vor.

Wenn bei Ausgabe, Versendung oder Einlage die Steuerbeamten die Inhaltsangabe bemängeln, oder der Absender etc. die Messung der Beamten bemängelt, so erfolgt die Feststellung des Inhalts durch Nachmessung des ausgezapften Branntweins in Maassen oder durch Zusatz von Wasser. Derjenige, bei dem die Nachmessung erfolgt, muss dazu die Messwerkzeuge liefern.

Weiter sind im IX. Hauptstücke in den Artikeln 118 bis 126 eingehende Bestimmungen über die Controlle-Messungen durch Beamte gegeben.

Dieselben sind verschieden nach der Art der Brennerei, Destillation bzw. Handlung. Wir geben deshalb hier diese genauen Unterscheidungen nochmals vollständiger.

Die Brennereien zerfallen in drei Hauptarten:

- a. Erste Hauptart: solche, in denen ausschliesslich Mehl von Korn verwandt wird.
- b. Zweite Hauptart: solche, in denen Kartoffeln, vermengt mit Mehl von Korn oder mit zerquetschtem ungetrocknetem Malz, verwandt werden.
- c. Dritte Hauptart: solche, in denen andere Grundstoffe verwandt werden.

Die Brennereien der ersten Hauptart zerfallen in fünf Klassen; Zur I. Klasse gehören diejenigen, welche mit leichtem Einschlag (d. h. Verbrauch von weniger als vierzehn Pfund Mehl während der Wintermonate und zwölf Pfund während der Sommermonate (auf Ein Hektoliter Maischraum) arbeiten, einerlei wie gross der Inhaltsraum der für die Rohdestillation verwandten Kessel und ob Dampf für die Rohdestillation verwandt wird.

Zur zweiten, dritten und vierten Klasse gehören diejenigen, welche mit schwerem Einschlag (d. h. Verbrauch von vierzehn Pfund Mehl oder mehr in den Winter-, von zwölf Pfund Mehl oder mehr in den Sommermonaten für Ein Hektoliter Maischraum) arbeiten;

und bei der zweiten Klasse die zur Rohdestillation gebrauchten Kessel zusammen einen grösseren Inhalt als zehn Hektoliter haben, einerlei ob Dampf für die Rohdestillation verwandt wird;

bei der dritten Klasse, wenn der gedachte Inhalt zehn Hektoliter oder weniger beträgt, und Dampf für die Rohdestillation angewandt wird;

bei der vierten Klasse, wenn der gedachte Inhalt zehn Hektoliter oder weniger beträgt und kein Dampf für die Rohdestillation verwandt wird.

Die fünfte Klasse ist durch Gesetz vom 4. December 1869 zugelassen für solche Brennereien, welche Macerateure verwenden und die Maischmasse in dazu besonders bestimmten Werkzeugen abkühlen.

Die Destillationen gehören zur ersten Klasse, wenn sie mit durchlaufendem Steuercredit arbeiten, zur zweiten Klasse, wenn sie versteuerten Branntwein verarbeiten.

Die Zulassung von Lägern für Grosshändler mit durchlaufendem Credit bedarf auf gestellten und als begründet erkannten Antrag eines besonderen Dokuments (bewys) seitens des Steuerempfängers.

In den Brennereien, den Destillationen erster Klasse und den gedachten Lägern mit Steuercredit können nun auf schriftliche Anweisung des Steuerempfängers oder eines höheren Steuerbeamten jederzeit von den Steuerbeamten Controlle-Messungen vorgenommen werden.

Ueber die Controllemessung liefern die Beamten ein von dem betreffenden Brenner etc. mit zu unterschreibendes Dokument (peilbewys) dem Steuerempfänger ein, geben dem Brenner Abschrift davon.

Eine Uebertretung liegt vor, wenn gegenüber dem vom Steuerempfänger geführten Conto eine grössere Differenz im Ueber- oder Untermass besteht:

- a. Bei den Brennereien der ersten Hauptart und erster Klasse von  $7\frac{1}{2}\%$  bezüglich des aus den eignen Einmischungen als zu gewinnen angesetzten Branntweins, bezw. von  $5\%$  bezüglich des Uebertrages von dem letzten Abschlusse und bezüglich des von anderer Stelle eingelegten Branntweins.
- b. Bei den Brennereien der ersten Hauptart und zweiter, dritter, vierter und fünfter Klasse, sowie der zweiten und dritten Hauptart von  $10\%$  in dem ersten ad a gedachten Falle, von  $5\%$  in den beiden anderen daselbst gedachten Fällen.
- c. In Destillationen erster Klasse von  $5\%$ .
- d. In Lägern für Grosshändler von  $3\%$ .

Die vorstehend gedachten Spielräume werden nach dem Debet des Conto seit der letzten Controlle-Messung berechnet; was jedoch das Debet für den laufenden Betrieb angeht, nur soweit, als die zur Rohdestillation bestimmten Kessel abgelaufen sind.

Der Brenner u. s. w. muss allen im Besitz habenden Branntwein den Steuerbeamten anweisen. Er hat, wenn er Kürzungen zu beanspruchen hat, die noch nicht angemeldet worden, zu Anfang der Controllemessung solche anzumelden, will er den Anspruch nicht verlieren; der Anspruch wird im Dokument (peilbewys) aufgenommen, später über denselben entschieden.

Der Regel nach ist es verboten, in einer Brennerei den Branntwein auf Holzkohlen ziehen zu lassen oder andere Reinigungs-

mittel zu gebrauchen, oder mit Zucker u. dgl. zu vermischen, wodurch die genaue Aufnahme der Menge und die Bestimmung der Stärke des Branntweins gehindert werden kann. Der Finanzminister kann Ausnahmen unter besonderen Sicherungsmassregeln gestatten.

Finden sich in Destillationen und Lägern von Grosshändlern Liqueure u. dgl. vor, so hat der Inhaber bei der Controlle-Messung die Stärke jeder Sorte anzugeben. Verweigert er die Angaben oder kommt solche den Beamten verdächtig vor, so haben sie allein die Feststellung der Menge auszusprechen und haben Proben zur Untersuchung zu nehmen. Die Kosten der Untersuchung fallen dem Destillateur etc. zur Last, wenn er die Angaben verweigerte oder wenn gegen seine Angabe eine Differenz von  $\frac{1}{25}$  sich ergibt.

Besondere Bestimmungen sind für die Destillationen wegen des in der Reinigung auf Holzkohlen oder mit anderen Mitteln befindlichen Branntweins gegeben. Es sind die Bottiche etc. zu füllen; die Menge ist durcheinander zu mischen; dann ist die Stärke festzustellen; der Raum, den die Kohlen etc. einnehmen, ist am Inhaltsraume nicht abzuziehen. Ergibt sich ein Uebermass, so wird die in solchen Bottichen etc. enthaltene Menge Branntweins mit höchstens 5 % geringer angesetzt, ergibt sich ein Untermass, mit höchstens 5 % mehr.

Hält der Destillateur durch diese Art der Aufnahme sich benachtheiligt, so kann er die Fässer etc. abzapfen, unter der Voraussetzung, dass es sogleich nach Aufnahme des übrigen Branntweins geschieht und ohne Aufenthalt ausgeführt wird.

Wenn ein Destillateur nicht die vorstehenden Vorschriften bezüglich des in Reinigung befindlichen Branntweins befolgt, so haben die Beamten allein Menge und Stärke festzusetzen und steht dem Destillateur kein Einspruch gegen deren Feststellung zu.

Die Menge Branntweins, welche in den Wohnräumen etc. einer Brennerei, Destillation oder eines Grosslagers für häuslichen Gebrauch vorhanden ist, muss durch Quittung über bezahlte Steuer oder durch Begleitschein, beide nicht älter als Ein Monat nach der Ausstellung, die Gültigkeit sei denn durch den Steuerempfänger verlängert, gedeckt sein.

Bei der Visitation solcher Wohnungen etc. durch die Beamten verzeichnen dieselben auf den über den Vorrath vorgezeigten Dokumenten die gefundene Menge und sind die Dokumente nun nur noch für letztere gültig.

Für die Destillationen zweiter Klasse (mit versteuertem Branntwein), für die Grosshandlungen (ohne durchlaufenden Steuerkredit), für die Kleinhandlungen, für die Schankwirthe etc. besteht bezüglich der Controlle-Messungen die Vorschrift, dass sie in denjenigen

Gemeinden, in welchen sich eine oder mehrere Brennereien befinden, sowie in angrenzenden Gemeinden, der Controlle-Messung und der Untersuchung durch die Steuerbeamten unterworfen sind. Die Gemeinden werden durch Königliche Verordnung (zuletzt vom 21. Juli 1882) veröffentlicht.

Die in diesen Destillationen, Handlungen und Wirthschaften vorhandene Menge Branntweins aller Art muss durch Steuerquittungen oder Transportscheine oder Dokumente über die letzte Controlle-Messung gedeckt sein. Diese Beweismittel dürfen nicht über einen Monat alt sein; ihre Gültigkeit kann auf Antrag verlängert werden. Dokumente, ausgestellt vor der letzten Controlle-Messung, gelten nicht mehr.

Die Controlle-Messungen erfolgen übrigens in ähnlicher Weise, wie es oben für die Brennereien vorgeschrieben ist.

Diese Controlle-Vorschrift trifft also nicht alle Gemeinden, sondern nur solche, in denen Brennereien sich befinden, sowie die angrenzenden Gemeinden. In denselben Gemeinden darf bei Privatpersonen nur eine Menge Branntweins zu drei Litern auf den Kopf der über 18 Jahre alten Hausgenossen ungedeckt sein.

(In Bezug auf den von Schenken, Kleinhandlungen und von Privaten in den Grenzbezirken zum Ausschank, Verkaufe, bezw. zum häuslichen Gebrauche vorrätig zu haltenden Branntwein bestehen noch weiter beschränkende Vorschriften.)

Uebrigens wiederholen wir, dass bei der strengen Controlle des Brennereibetriebes selber und der Abgabe von Branntwein aus demselben Defrauden an Branntwein thatsächlich nach allem Bezeugen fast gar nicht vorkommen. Nur an der Grenze gegen Deutschland besteht ein lebhafter Schmuggel von Branntwein, welcher hier und dort die Grenzbevölkerung sehr korrumpirt hat. Von Holland wird Taback nach Deutschland eingeschmuggelt und von Deutschland Branntwein nach Holland eingeschmuggelt. Alle Controlle hat an der Grenze diesen Schmuggel nicht zu unterdrücken vermocht. Es ist uns gesagt worden, dass man in Holland nicht abgeneigt sein würde, dieselben Zollsätze für Taback einzuführen, welche Deutschland hat, falls Deutschland dieselben Branntwein-Steuersätze einführt, welche Holland hat, dann wäre es mit jenem Schmuggel zu Ende.

Im X. Hauptstück, Artikel 127 bis 132 befinden sich mehrere allgemeine Bestimmungen. Es sind hier u. A. die Geräthschaften etc., welche jeder Brenner für die Controlle-Messungen vorrätig halten soll, bestimmt. Es wird verboten, Brennereigeräthe ausserhalb den Brennereien zu besitzen. Ausserdem sind hier noch einige allgemeine Anordnungen über die Befugniss der Steuerbeamten bei der Nachmessung der Brennereigeräthe, bei der Ent-

nahme von Proben sowie wegen der Kosten der Nachmessung der Geräthe u. a. m. getroffen.

Auch ist für den Brenner nachgelassen, sich durch einen Bevollmächtigten oder den Brennereimeister vertreten zu lassen.

Endlich sind hier mehrfach vorkommende Ausdrücke in ihrer Bedeutung für dieses Gesetz erläutert.

Im Hauptstück XI, Artikel 133 bis 134 mit vielen Paragraphen (Artikel 133 allein hat 32 Paragraphen), sind die Strafbestimmungen gegeben. Sie sind durchweg strenge, sind meistens durch das Gesetz selbst fest bestimmt; wo ein Spielraum gelassen ist, ist immer eine hohe Mindeststrafe vorgeschrieben; mehrfach ist auch vorgeschrieben, dass in gewissen schwereren Fällen der Höchstbelang erkannt werden muss. Wir wollen eine Strafbestimmung, um damit klar zu legen, dass in der ernstlichsten Weise der Umgehung des Gesetzes durch Androhung hoher Strafen vorgebeugt ist, mittheilen: „Der Transport von Branntwein in einer grösseren Menge als Ein Liter, wenn die Menge nicht durch die vorgeschriebenen Dokumente gedeckt ist, oder wenn mit nicht gültigen Dokumenten transportirt wird, wird zu Lasten des Transporteurs (vervoerder) mit einer Geldbusse zum fünffachen Betrage der Branntweinsteuer von der ungedeckten Menge Branntweins, mindestens aber mit einer Geldbusse von fünfundzwanzig Gulden (gleich etwa 42 M. 50 Pfg.!!) bestraft. Daneben wird der ungedeckte Branntwein confiscirt.“

Die Uebergangsbestimmungen im XII. Hauptstücke, Artikel 136 bis 140, werden keiner Erwähnung bedürfen.

Königliche Verordnungen zur Ausführung des Branntweinsteuergesetzes vom 20. Juni 1862 und der später erlassenen Novellen sind mehrere verkündet, soweit deren Erlass im Gesetze selbst vorgeschrieben oder nachgelassen ist.

Ausserdem sind einzelne finanzministerielle Ausführungsvorschriften ergangen, insbesondere eine Ausführungs-Instruktion vom 5. Mai 1863.

Das Gesetz vom 20. Juni 1862 trat am 5. Juni 1863 in Kraft. Es besteht seit 24 Jahren, ohne dass, abgesehen von der Höhe der Branntweinsteuer, erhebliche Aenderungen des Gesetzes erforderlich geworden sind, ohne dass aus den Interessentenkreisen auf Aenderungen gedrungen ist, allein ausgenommen das vielfach gestellte Verlangen nach Ermässigung der Steuer; dieses Verlangen haben Regierung und Landtag aber stets abgewiesen.

Dass die holländische Branntwein-Steuergesetzgebung so wenig bei ihrer Durchführung Beschwerden hervorzurufen hat, liegt nicht

zum geringsten darin, dass die Gesetzgebung sich den bestehenden Verhältnissen thunlichst angeschmiegt hat.

In der Begründung des Gesetzentwurfes sagt die Staatsregierung selber: „Statt die Industrie zu zwingen, sich der Gesetzgebung anzupassen, sind die Bestimmungen derselben möglichst so gefasst, dass sie der Entwicklung, welche das Gewerbe genommen hat, folgen. Es wäre der Wunsch der Regierung gewesen, die Controlle-Vorschriften, welche aus der früheren Gesetzgebung beibehalten oder neu aufgenommen sind, noch weiter einzuschränken oder sie einfacher zu gestalten.“

---

Zum Schlusse wiederholen wir die Ansicht, dass es für Deutschland, unter Beibehaltung der jetzigen Maischraumsteuer, und dieses nur in Rücksicht auf die Landwirthschaft in den östlichen Provinzen, welche der für die Kartoffel-Brennereien bestehenden Begünstigungen bis Weiteres nicht wird entbehren können, möglich und, weil die Controlle durch das vorhandene Steuerbeamten-Personal ohne nennenswerthe Vermehrung desselben genügend wird besorgt werden können, leicht ausführbar ist, neben der Maischraumsteuer eine Fabrikat-Consumsteuer in ähnlicher Weise zu erheben, wie das in Holland (ohne Maischraumsteuer) geschieht; und zwar zu einem hohen Betrage mindestens mit 50 Pf. für Ein Liter 50 % haltenden Brantweins.

Daneben sind wir der Ansicht, dass es den Gemeinden, vielleicht auch grösseren Communalverbänden, falls sie solches gemeindeverfassungsmässig beschliessen, gestattet sein müsste, für denjenigen Brantwein, welcher in ihrem Bezirke zum Verzehr gelangt, Gemeindesteuern in der Form von Zuschlägen zu der Reichs-Consumsteuer zu erheben.

Mindestens darf die Reichsgesetzgebung denjenigen Gemeinden, welche jetzt solche Gemeindesteuern vom Brantwein erheben, diese Einnahmen nicht verschränken.

---

Möge die Brantwein-Steuer-gesetzgebung für das Deutsche Reich recht bald zu einem erwünschten Abschlusse gelangen! Die Erfüllung solchen, fast allgemein im deutschen Volke bestehenden Wunsches wird und muss eine wesentliche Abnahme des durch den Missbrauch im Brantweingenusse entstandenen **grossen Elends** zur Folge haben.

Im Verlage von **Emil Strauss** in **Bonn** erscheint:

## Centralblatt für allgemeine Gesundheitspflege

herausgegeben von

**Dr. Finkelnburg,**  
Professor a. d. Universität Bonn.

**Dr. Lent,**  
Sanitätsrath in Köln.

**Dr. Wolffberg,**  
Kgl. Kreisphysicus in Tilsit.

VI. Jahrgang.

Monatlich erscheint ein Heft. Abonnementspreis pro Semester M. 5.

Das Centralblatt erscheint regelmässig in einer Auflage von 3500 Exemplaren und ist das am weitesten verbreitete hygienische Fachblatt.

*Alle wissenschaftlichen Abhandlungen aus dem Gesamtgebiete der praktischen, theoretischen und experimentellen Hygiene finden im Centralblatt Aufnahme und aussergewöhnlich weite Verbreitung in ganz Deutschland und im Auslande.*

*Die Arbeiten gelangen sofort nach Eintreffen in die Druckerei und in die Oeffentlichkeit, da ausser den monatlich erscheinenden Heften Ergänzungshefte herausgegeben werden.*

*Die zum besseren Verständniss dienenden Abbildungen werden aufs sorgfältigste in Holzschnitt, Lithographie, Zinkographie etc. ausgeführt. Alle Originalarbeiten werden der hohen Auflage entsprechend hoch honorirt und erhalten die Herren Verfasser 20 Separatabzüge gratis. — Mehrbedarf zum Selbstkostenpreise.*

Inserate werden aufgenommen und mit 25 Pfg. die gespaltene Zeile berechnet. — Beilagen 3500 Exemplare kosten M. 20. —

**Emil Strauss, Verlagsbuchhandlung in Bonn.**

Verlag von Emil Strauss in Bonn.

## Wissenschaftliche Beiträge zum Kampf gegen den Alkoholismus.

Im Auftrage und auf Veranlassung des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke erscheinen unter der Redaction seiner literarisch-statistischen Commission eingehende Arbeiten über ungelöste bzw. unaufgeklärte medicinische, ökonomische, ethisch-soziale Fragen aus dem vielfach noch dunkeln Gebiet des Alkoholismus, daneben zeitweise Uebersichten über Stand und Wirkung der betreffenden ausländischen Bestrebungen von sachkundigen Seiten. Der Vorstand des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke hofft dadurch sowohl zur Aufhellung der eigenen Lage des Landes und ihrer Bedürfnisse beizutragen, als den internationalen Kampf gegen das gemeinsame alt eingewurzelte Uebel der Trunksucht zu fördern.

Die „Beiträge“ erscheinen in zwangloser Reihenfolge und sind einzeln verkäuflich. Zehn bis zwölf Hefte bilden einen Band von circa 40 Druckbogen, dem ein besonderer Titel und ein Inhaltsverzeichniss beigegeben wird.

Geeignete Beiträge werden mit M. 50 für den Druckbogen honorirt.

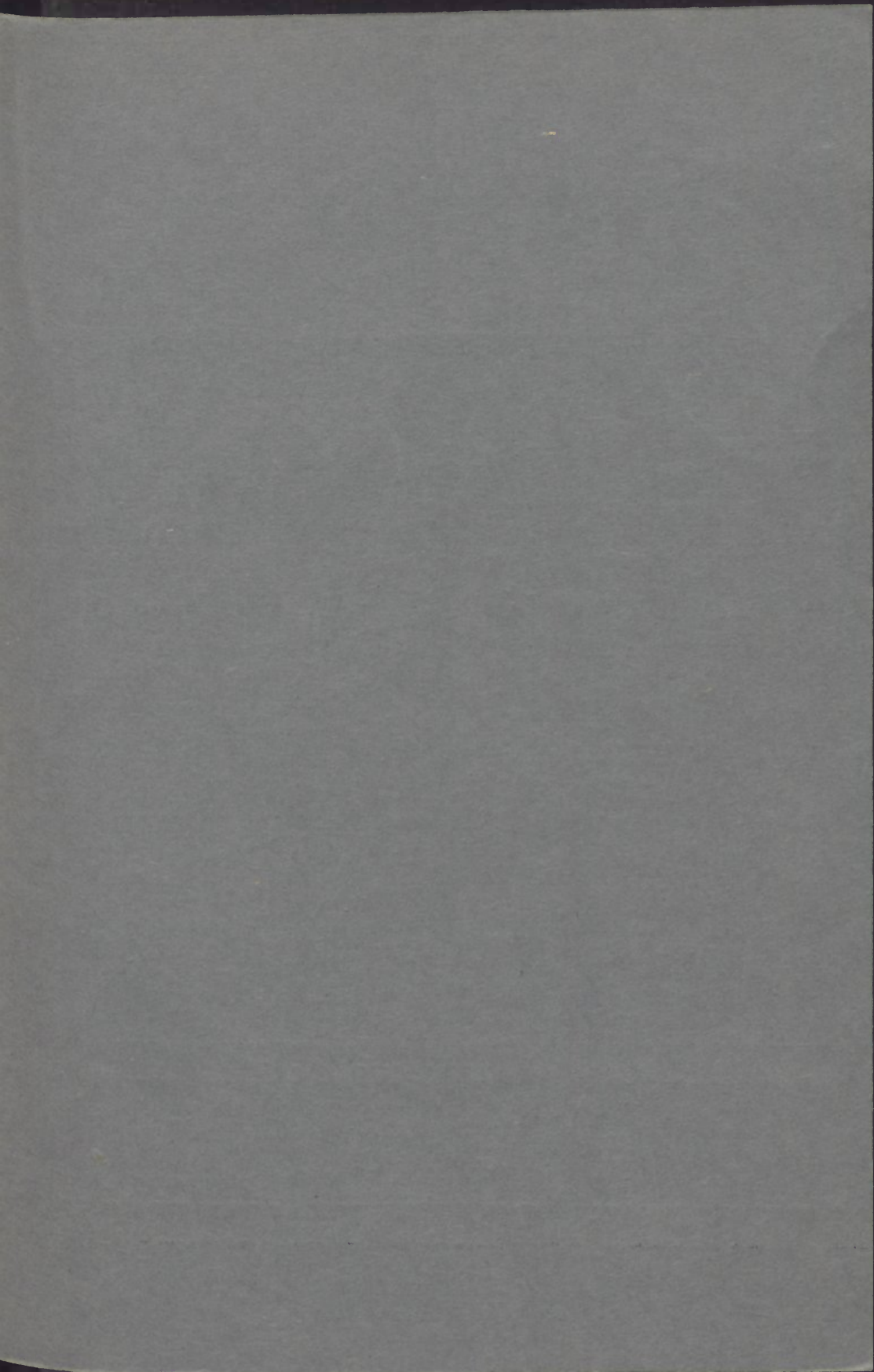
Soeben wurde ausgegeben:

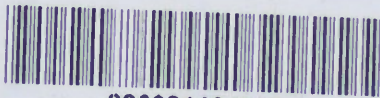
- Heft 1: **Die Mässigkeitsgesetzgebung in ihrer Wirksamkeit.** Von A. Lammers, Bremen. Preis 80 Pf.
- Heft 2: **Die Verunreinigungen des Trinkbranntweins insbesondere in hygienischer Beziehung.** Nach einem auf der zweiten Versammlung des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke zu Dresden am 29. Mai 1885 gehaltenen Vortrage. Von Sanitätsrath Dr. A. Baer. Preis M. 1.20.
- Heft 3: **Die Entwicklung der schwedischen Branntweingesetzgebung von 1835—1885.** Von Dr. Siegfried Wieselgren, Generaldirector der schwedischen Gefängnisse. Preis M. 1.50.
- Heft 4: **Die Branntweinsteuerfrage in Beziehung auf die Verminderung der Trunksucht.** Von Geh. Rath Dr. Geffcken. Preis 60 Pfg.
- Heft 5: **Der Stand der Schweizerischen Alkohol-Gesetzgebung.** Von Carl H. Mann. Preis 80 Pfg.
- Heft 6: **Die Branntweinsteuer-Gesetzgebung in Deutschland und Holland.** Von Ober-Bürgermeister Brüning in Osnabrück.

Ferner werden demnächst herausgegeben werden:

- Ueber die Bedeutung des Bieres.** Von Prof. Dr. C. v. Voit, München.
- Die Trinkerasyfrage,** mit besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Asyle. Von Pastor Pieper, Gerresheim.
- Ueber die Volksernährung in ihrer Bedeutung für den Alkoholismus** hat Herr Prof. Dr. v. Miaskowski in Breslau eine Arbeit zugesagt; auch die Herren Sanitätsrath Dr. Baer in Berlin und Prof. Dr. Binz in Bonn haben Beiträge in Aussicht gestellt.

Druck von P. Neusser in Bonn.





206\$01467840